

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 9. März 1929

Nummer 20

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

Zu den Lohnverhandlungen

Am 11. März tritt die nach § 24 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs zum Abschluß von Lohnverhandlungen von den Tarifparteien für das ganze deutsche Buchdruckgewerbe bevollmächtigte Tarifkommission in Berlin zusammen. Sie hat über Neu Festsetzung des nach rechtsmäßiger Kündigung am 31. März d. J. ablaufenden Lohnvertrags zu entscheiden. Der ablaufende Lohnvertrag, der durch einen von dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verbindlich erklärten Schiedsspruch der unparteiischen Vorsitzenden des Zentralschlichtungsamts in der Spitze einen wöchentlichen Tariflohn von 56 M. vorsieht und in seiner tarifmäßigen Gliederung nach Alters- und Ortszuschlagsklassen bis auf einen Wochenlohn von nur 31,36 M. abgestuft ist, ist seit 1. April 1928 in Kraft. Er bewegt sich demnach im Rahmen eines tariflichen Stundenlohnes von 66 bis 117 Pf.; nach der Zahl der auf die verschiedenen Orts- und Altersklassen entfallenden Gehilfen beträgt der Reichsdurchschnitt des tariflichen Wochenlohnes 52,14 M. und der tarifliche Stundenlohn im Reichsdurchschnitt 109 Pf.

Die Kündigung des Lohnvertrags ist von Gehilfenseite erfolgt, weil die vorjährige Festsetzung des Tariflohnes durch die Entscheidung der unparteiischen Vorsitzenden des Zentralschlichtungsamts weder den wirtschaftlichen Bedürfnissen noch den berechtigten Erwartungen der Kollegenschaft in befriedigender Weise Rechnung trug. Durch die Verbindlichkeitsklärung dieses ungenügenden Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wurde der Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes die Möglichkeit entzogen, sich aus eigener Kraft eine gerechtere Lösung der Lohnfrage zu sichern. Daß die wirtschaftliche Möglichkeit für die Unternehmer zu einer besseren Regelung der Lohnverhältnisse gegeben war, bewies deren Verhalten nach der vor ihnen unter Leitung des damaligen Reichsarbeitsministers erzielten Verbindlichkeitsklärung. Große Kreisvereine des Deutschen Buchdrucker-Vereins gaben sofort nach der Verbindlichkeitsklärung Rundschreiben heraus, worin davon gewarnt wurde, dem Zentralschlichtungsamt und dem Reichsarbeitsminister ein solches hinaus in den einzelnen Betrieben Lohnbewilligungen zu erfolgen. Es bestand also schon damals trotz der ursprünglichen angeblichen Unmöglichkeit, auch nur einen einzigen Pfennig Lohnverhöhung zu bewilligen, nicht nur die Möglichkeit, die dann durch den Schiedsspruch fällige Lohnverhöhung um 3,50 M. in der Spitze zu zahlen, sondern sogar noch die große „Gefahr“, daß die Unternehmer wesentlich mehr bewilligt hätten, wenn sie nicht durch entgegenge setzte moralische und vertragliche Verpflichtungen durch den Deutschen Buchdrucker-Verein davon abgehalten worden wären. Daß eine solche Warnung selbst im Kreise VII (Sachsen) der Prinzipalsorganisation erforderlich erschien, wo nach Behauptungen ihrer Vertreter bei den meisten bisherigen Lohnverhandlungen selbst die Besitzer größter Betriebe als arme Lohnarbeiter nur von der Hand in den Mund leben sollen, war und ist heute noch besonders charakteristisch für die vorjährige Haltung des Unternehmertums im Deutschen Buchdruckgewerbe. Denn wäre es wahr gewesen, was ihre Vertreter den unparteiischen Vorsitzenden des Zentralschlichtungsamts sowie dem damaligen Reichsarbeitsminister über die Not und Armut des deutschen Buchdruckgewerbes vorgetragen haben, um die nur sehr schwer zu erreichende Verbindlichkeitsklärung zu erlangen, dann hätten sie sich nachher solche Mahnungen und Warnungen sparen können, weil sie einfach überflüssig gewesen wären. Aber es

war in Wirklichkeit schon im vorigen Jahre so, wie es von Gehilfenseite sowohl bei den Lohnverhandlungen wie dem Reichsarbeitsminister gegenüber nachgewiesen wurde, daß die Lage des Gewerbes eine viel bessere war, als dies die Unternehmer den Schlichtern und dem Reichsarbeitsminister gegenüber behaupteten. Es sei nur an den geradezu grotesken Widerspruch erinnert, der sich bei den vorjährigen Lohnverhandlungen in der Form ergab, daß am ersten Verhandlungstage in der Tarifkommission die meisten Prinzipalsredner alle Gewinnmöglichkeiten im Buchdruckgewerbe auf die Verlagsgeschäfte abschoben und sich sozusagen nur als Brosamenfänger vom Tische der Verleger bezeichneten, worauf ein von „verantwortlicher“ Prinzipalseite über Nacht aus Süddeutschland zu Hilfe gerufener Vertreter eines großen süddeutschen Verlags am nächsten Tage bei den Verhandlungen vor dem Zentralschlichtungsamt gleich dem biblischen Hieb mit einer geradezu tragischen Epistel über den Unterschied zwischen Ertrags- und Mengentheorie die Verleger vor jedem Verdacht großer Gewinne zu schützen versuchte. Dabei handelte es sich um den Direktor eines Unternehmens, das schon seit vielen Jahren zu den besten rentierenden, mit den höchsten Dividenden, Abschreibungen usw., zu zählen ist.

Es ist anzunehmen, daß auch bei den kommenden Lohnverhandlungen solche Widersprüche auf Prinzipalseite zu verzeichnen sein werden. Die Buchverleger, die für die Herstellung eines Buches für Satz und Druck dem Buchdruckgewerbe im Durchschnitt nur etwa 10 bis 15 Proz. der Verkaufspreise der Bücher zahlen, werden nachweisen, daß die restlichen 85 bis 90 Proz. des Ladenpreises für Papier, Buchbinder, Sortimenter, Autoren und Abfahrtskosten unentbehrlich sind und es nicht möglich machen, dem Buchdruckgewerbe einige wenige Prozent mehr zu gewähren, weil sie sonst selbst an den Bestelstab kämen. Und die Lohnarbeiter, die den Verlegern zu solch niedrigen Preisenanteilen die Bücher setzen und drucken, sie werden es infolge dessen als unmöglich bezeichnen, von den Verlegern auch nur einen einzigen Pfennig mehr für die Leistungen ihrer teuren Betriebe zu erhalten, da die Konkurrenz viel zu groß und geradezu niederschmetternd sei. Daß diese Konkurrenz aber nur von den Lohnarbeitern selbst betrieben wird, das werden sie auf die schlechte wirtschaftliche Lage im allgemeinen abzuwälzen bestrebt sein, obwohl die Preisdrückerei der Verleger und die diesbezügliche Nachgiebigkeit der Buchdruckereibesitzer als sogenannte Lohnarbeiter auch während guter wirtschaftlicher Perioden nicht besser war als heute und beides sozusagen zur Tradition des Buchverlags und Buchdrucks seit Gutenbergs Zeiten gehört. Daß in vielen, ja in den meisten Fällen Buchverleger und Buchdruckereibesitzer nicht nur unter einem Dache hausen, sondern ein und dasselbe Unternehmen in einer Person oder Inhabereigenschaft verkörpern, wobei der „Verlag“ an besonderem Gewinn eintritt, was der Buchdruckerei abgerechnet wird, das wird mit aller Bestimmtheit als Geschäftsgeheimnis verschwiegen. Denn mit dieser doppelten Buchführung läßt sich alles „beweisen“, was dazu beitragen kann, entweder als „Wirtschaftsführer“ von besonderem Format oder als armer Schlucker zu gelten, je nachdem es die preis- oder lohnpolitische Lage als zweckmäßig erscheinen läßt. Deshalb haben auch „Kpi“ und Börsenvereine der deutschen Buchhändler ihre diesbezüglichen Proteste gegen jede Lohnverhöhung im Buchdruckgewerbe beim Deutschen Buchdrucker-Verein schon längst eingereicht. Sie werden auch nicht veräumen, während der Verhandlungen der Tarifkommission teils vor, teils hinter den Kulissen wunschgemäß nach den Wünschen der Prinzipalvertreter zu taktieren und sich bemerkbar zu machen. Es wäre ein Wunder, wenn solches diesmal nicht der Fall sein sollte.

Und dann die Zeitungsverleger! Sie verstehen das Geschäft in jeder Beziehung. Dr. Walter Zäncke, Verleger des „Hannoverschen Kuriers“ und Mitglied des Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, schrieb in Nr. 52 des „Zeitungverlags“ vom 29. Dezember 1928 über „Die Entwicklungsrichtung im deutschen Zeitungswesen“ folgendes:

Nach dem durch Krieg und Inflation verursachten Erschöpfungen, die sich gerade im Zeitungswesen besonders schwer auswirkten, ist eine sehr wesentliche Erholung nach der materiellen Seite hin eingetreten. Die Stabilisierung der Geldverhältnisse hat zugleich auch eine Anpassung der Bezugspreise an die gegen früher ganz erheblich gesteigerte Leistung der Zeitung ermöglicht. Hierdurch hat sich das Ertragsverhältnis zwischen dem Abonnement und dem Anzeigenteil fast überall in den einzelnen Zeitungsunternehmen wesentlich umgestellt. Rechnete man früher damit, daß etwa ein Drittel der gesamten Kosten durch das Abonnement, zwei Drittel durch den Anzeigenteil aufgebracht wurden, so dürfte sich dies Verhältnis heute so weit verändert haben, daß beide Einnahmequellen etwa zu gleichen Teilen an der Tragung der Gesehtungskosten mitwirken. Wir sehen weiter eine Auswirkung der allgemeinen Wirtschaftslage und Geldverhältnisse auf den Ausbau der Zeitungsunternehmen selbst. Da, wo wirtschaftlich gesunde und kapitalstarke Unternehmungen die Konjunktur erfaßten, ist neben einer starken Steigerung der Leistung für den Leser auch ein großzügiger Ausbau der Betriebe selbst nach einem erzwungenen Stillstand von fast zehn Jahren in zahlreichen Fällen zu verzeichnen. Zeitungsummern von 1914, verglichen mit solchen von heute, zeigen den technischen Fortschritt in jeder Beziehung.

Es wäre hierbei besonders zu beachten, daß dieses öffentliche Urteil eines maßgebenden Vorstandesmitgliedes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger sich auf die Entwicklung des Zeitungsgewerbes in neuester Zeit erstreckt. Es steht in voller Übereinstimmung mit der in fast allen deutschen mittleren und großen Städten offen zutage tretenden Erweiterung und Vergrößerung der Zeitungsunternehmungen, die insbesondere in einer größeren Zahl von neuen Hoch- oder Turmhäusern einen besonders wohlhabenden Ausdruck finden. Zwar hören wir auch hier schon wieder die seit vielen Jahren üblichen Einwände der Vertreter der Zeitungsverleger bei den Lohnverhandlungen für das Buchdruckgewerbe, daß diese erfreuliche Entwicklung des Zeitungsgewerbes nicht auf Seherie oder Druckerei, sondern in der Hauptsache auf das Verlagsgeschäft zurückzuführen sei. Bei Lohn- oder Gehaltsfragen für das Verlagspersonal in Zeitungsbetrieben werden dagegen entgegenge setzte Argumente von Unternehmerseite vorgebracht, da bilden die Druckereileistungen die einzigen produktiven Faktoren, während alle anderen Abteilungen eines Zeitungsbetriebes, wie Redaktion, Expedition usw., nur Ankostenfaktoren darstellen. Auch hier sehen wir das gleiche tendenziöse Doppelspiel wie zwischen Buchverleger und Lohnarbeiter. Daß im ganzen deutschen Zeitungsgewerbe alle Betriebe gleich rentabel sind, kann selbstverständlich nicht behauptet werden. Auch da stimmen wir Dr. Walter Zäncke bis zu einem gewissen Grade zu, wenn er im Anschluß an seine vorstehend abgedruckte Darlegung der Entwicklungsrichtung im deutschen Zeitungswesen noch schreibt: „Auf der anderen Seite leiden die wirtschaftlich weniger günstigen Betriebe naturgemäß stärker unter den Konjunkturschwankungen und wirtschaftlichen Depressionen, insbesondere auch unter den abnorm hohen Zinslasten, die die ganze deutsche Wirtschaft heute zu tragen hat.“ Das ist aber doch nicht nur im Zeitungsgewerbe, sondern in allen Betrieben der gesamten Wirtschaft, die auf schwachen Füßen stehen. Daß im allgemeinen für die Zeitungsbetriebe die wirtschaftliche Entwicklung weniger Schwierigkeiten macht, das behaupten insbesondere die Verleger von Buchdruckereibetrieben, die keine Zeitung drucken. Sie sprechen sogar von einem

Berdiensmonopol, das die Zeitungsverleger besitzen und auswerten. Dabei handelt es sich in der Regel um Aufierungen von Fachmännern auf Prinzipalsseite, die einen tiefen Einblick in die Verhältnisse haben.

Man kann also die Lohnfrage auch im Buchdruckgewerbe anfassen, wo man will, sie stößt immer wieder auf Widerstand des Unternehmertums, einerlei, ob es diesem gut oder schlecht geht. Es fehlt eben die Einsicht, daß die gesamte Güterproduktion nicht nur des Profites der Unternehmer wegen, sondern zur Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen in erster Linie dienen soll. Daß die in der Produktion des eignen Gewerbes einzusetzenden und verbrauchten menschlichen Arbeitskräfte vor allen andern Produktionskosten den Vorrang haben sollten, das widerstrebt dem privatkapitalistischen Profitstreben in jeder Beziehung. Werden sonstige Bestandteile oder Erfordernisse des gewerblichen Produktionsprozesses, sei es Papier, Maschinen, Farben, Kohlen, motorische Kraft usw., teurer, so nehmen dies die Unternehmer als Käufer wohl oder übel als etwas Unabänderliches in Kauf, soll aber der Preis der menschlichen Arbeitskraft auch nur um einige Mark wöchentlich erhöht werden, dann wird dies als der Ruin des Gewerbes und als untragbar bezeichnet. So war es schon von jeher, seit die Arbeiterschaft, gestützt auf ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß, die Bewertung ihrer Arbeitskraft im Interesse ihrer Erhaltung und einer fortschrittlicheren Lebenshaltung nicht mehr hinter die Bewertung materieller Produktionsmittel gestellt sehen will. Auch wenn die wirtschaftliche Lage des Gewerbes eine geradezu glänzende war, hat die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes eine Erhöhung ihres Tariflohnes nur gegen starke Widerstände von Unternehmerseite erreichen können. Man braucht nur die Verhandlungsberichte über alle früheren Beratungen der Tarifkommission im neuen Tarifverhältnis wie des Tarifauschusses im Rahmen der früheren Tarifgemeinschaft miteinander zu vergleichen. „Antragbar“ und „undiskutabel“ war noch jede Lohnforderung der Gewerkschaft von vornherein; selbst in den besten Zeiten des Buchdruckgewerbes.

Aus fast allen Kreisen des Deutschen Buchdrucker-Bereins wie aus den meisten Bezirken des Vereins Deutscher Zeitungsverleger sind uns Abwehrverträge zur Bekämpfung von tariflichen wie untariflichen Lohnforderungen der Arbeiterschaft des Buchdruck- und Zeitungsverwerbes bekannt geworden. Außerdem liegen uns genaue und zahlreiche Berichte über die Erziehung einer zentral geleiteten „Technischen Nothilfe“ vor, die zur Herausgabe von Notzeitungen mißbraucht werden soll. Würden alle diese Kampfvorbereitungen einer tatsächlichen Notlage ihrer Urheber entsprechen, so müßte man sich fragen: Sollten die Gewerkschaft und ihre Vertreter wirklich so kurzfristig sein, eine solche Notlage überhaupt nicht zu merken, oder gar unbekümmert darum nur neue Lohnforderungen stellen, weil der Lohn tarif gekündigt werden konnte? Wir sagen selbst, daß dies kurzfristig wäre. Aber weder das eine, noch das andre trifft zu. Gerade die Macher dieser Abwehrmaßnahmen und Ausübungs-kommissionen einer Technischen Nothilfe gehören nicht zu jenen, die solche Abwehrmittel zur Erhaltung ihrer Betriebe nötig hätten. Sie sehen sich zum größten Teil aus Besitzern der konkurrenzfähigsten und stärksten Betriebe zusammen, und könnten dabei höchstens ein Interesse daran haben, daß durch einen Kampf im Buchdruck- und Zeitungsverwerbe alle jene ihrer Kollegen auf der Strecke bleiben, die ihnen bisher in ihrem Ausdehnungsdrang noch mehr oder weniger im Wege standen. Daß diese Abwehrverträge keine Notgeburt der heutigen Zeit sind, sondern längst gehegten Reinigungstendenzen gewisser Kreise vom grünen Tisch der Großen im Prinzipalslager entsprossen sind, geht z. B. daraus hervor, daß es sich bei dem ganzen Abwehrvertrag lediglich um den Abklatz eines schon im Jahre 1925 zwischen Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Bereins und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aufgestellten Entwurf eines Abwehrvertrages handelt. Dieser Abwehrvertrag hat in seinen wichtigsten Paragraphen folgenden Wortlaut:

§ 1.

Wir, die Unterzeichneten, verpflichten uns, Forderungen der durch den Tarifvertrag des DBV, erfaßten Arbeitnehmerschaft, sei es, daß sie von einer oder mehreren Gewerkschaften, von Betriebsvereinigungen oder einer Gruppe von Arbeitnehmern gegenüber einer Arbeitgeberorganisation (oder: Organisation auf Arbeitgeberseite), einer Gruppe oder einer einzelnen der vertraglich bindenden Firmen erhoben werden und Ansprache in Bezug auf die Regelung der Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag oder außer-

halb des Tarifvertrages zum Gegenstand haben, gemeinsam abzuwehren.

Wir verpflichten uns, zu diesem Zweck

- 1. in jedem Falle, in dem auch nur irgendwie die in Satz 1 dieses Paragraphen gestellten Voraussetzungen in Frage kommen könnten, die ... Geschäftsstelle des DBV, in ... oder, soweit es sich um Zeitungsvertriebe handelt, die ... Geschäftsstelle des AVEZ, in ... auf dem schnellstmöglichen Wege zu benachrichtigen*;
2. jede von dem gemäß § 2 dieses Vertrages eingeleitete Ausschluß zur Durchführung der gemeinsamen Abwehr getroffene Anordnung zu befolgen, insbesondere auch auf Anordnung dieses Ausschusses unseren Betrieb mit dem von dem Ausschluß zu bestimmenden Zeitpunkt stillzulegen, die gesamte durch den Tarifvertrag des DBV, erfaßte Arbeitnehmerschaft auszusperrnen, das Erscheinen sämtlicher von uns verlegter oder hergestellter Zeitungen oder Druckschriften aller Art einzustellen und diese Maßnahmen bis zur Aufhebung der Anordnung des Ausschusses fortzusetzen zu lassen**.

* Durch Verhandlungen mit der Unterorganisation des AVEZ, wird sich vielfach erreichen lassen, daß nur eine gemeinam für die Mitglieder des DBV, und des AVEZ, erzielte Geschäftsstelle über Störungen zu benachrichtigen ist.
** Die Anordnungen des Ausschusses können sich auf folgende weitere Punkte erstrecken:
Verbot des Ansehens aus bestreikten oder ausbeverreten Betrieben,
Verbot der Annahme von Drucksachen der bestreikten oder ausbeverreten Betriebe usw.

§ 5.

Handelt eine der vertragschließenden Firmen den mit diesem Vertrage übernommenen Verpflichtungen zuwider, so ist sie jedem einzelnen und der Gesamtheit der Vertragschließenden gegenüber zum Schadenersatz verpflichtet; auch kann die betreffende Firma, falls ein Schaden nicht entstanden oder nicht nachweisbar ist, zu einer Vertragsstrafe herangezogen werden. Für die Festsetzung der Höhe der Schadenersatzpflicht bzw. der Strafe ist das in den gemeinsamen Verhandlungen zwischen dem DBV, und dem AVEZ, in Berlin vereinbarte Schiedsgericht unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges zuständig. Dieser Stelle unterliegt ebenfalls die Entscheidung, ob bzw. in welchem Umfange der Betrag des Schadens bzw. der Strafe an andre vertragschließende Firmen zu zahlen oder anderweitig zu verwenden ist. Die vorgenannte Stelle gilt hiernach als Schiedsgericht im Sinne des 10. Buches der Zivilprozessordnung, ihre Entscheidung als Urteil im Sinne des § 1040 der Zivilprozessordnung.

In einzelnen Kreisen des DBV, oder Bezirken des DBV, hat man den Wortlaut dieses von zentraler Stelle aus befürworteten Abwehrvertrages teilweise abgeändert; im allgemeinen ist jedoch der Sinn der gleiche geblieben. Nur der Verein Berliner Buchdruckermeister hat sich eine besondere Begünstigung seiner Mitglieder vorbehalten, indem er die definitiven Verpflichtungen der Vertragsunterzeichner bezüglich Betriebsstilllegung, Aussperrung, Einstellung des Erscheinens sämtlicher Zeitungen oder Druckschriften aus § 1 Ziffer 2 des Abwehrvertrages erst der Entscheidung eines Ausschusses allein überläßt. Nur dadurch dürfte es möglich gewesen sein, die großen Zeitungsbetriebe Scherl, Mosse, Ullstein, „Deutsche Allgemeine Zeitung“, „Acht-Uhr-Abendblatt“, „Germania“ und „Deutsche Tageszeitung“ zu Erklärungen für die Unterzeichnung des Vertrages, der vom 1. März 1929 bis 30. Juni 1929 gelten soll, zu gewinnen. Es kann also je nach Einfluß der großen Berliner Zeitungsverlage der Freund verschont und der Konkurrent gehängt werden. Der in einem Begleitfremden des Vereins Berliner Buchdruckermeister als besondere Empfehlung zur Unterschrift des Vertrags beliebte Hinweis, daß für die Lohnrudereien die Voraussetzungen für praktische Erfolge des Abwehrvertrages gegeben seien, steht jedenfalls auf sehr schwachen Füßen. Denn die Entscheidung des in Frage kommenden Ausschusses werden sicher nicht gegen die Interessen der großen Zeitungsverleger verstoßen, auch nicht, wenn dadurch die Lohnrunder unter die Räder kommen würden. Wir bezweifeln außerdem stark, daß das Reichswirtschaftsgericht im Ernstfalle einem Unternehmer, der sich diesem Vertragszweck nicht beugen will, seinen Schutz versagen würde. Das wissen auch die in Frage kommenden Vertreter der Berliner Zeitungsverleger. Auch sonst wäre zu diesem famosen Sklavenvertrag noch manches zu sagen. Aber wir wollen zunächst darauf verzichten und erst abwarten, ob nicht schon dessen auszugswise Veröffentlichung dazu beitragen wird, die Voraussetzungen einer friedlichen Verständigung auf Unternehmerseite noch lo rechtzeitig zu schaffen, daß eine schwere Erschütterung der gewerblichen Entwicklung vermieden wird.

Die Organisationsvertreter der Gewerkschaft kennen alle Vorbereitungen auf Unternehmerseite, ja sogar schon zum größten Teil die „Chreimmitglieder“ der sogenannten Technischen Nothilfe, die je nach

ihren Selbstanten bei eventuell kommenden Dingen der Öffentlichkeit noch besonders porgestellt werden sollen. Vorläufig wünschen wir den in Frage kommenden Prinzipalen, daß ihre Betriebe von diesen Zwiebelstrijüngern und „Maschinenstürmern“ verschont bleiben möchten, und daß ihnen auch ihre bisherigen Kunden- und Leserkreise durch solche ignorierte Lotengraber nicht verschüttet werden. Die Vertreter der Arbeiterschaft sind im Bilde und können die Dinge mit größter Zuversicht an sich herankommen lassen. Sie haben keine Abwehrverträge, keine Verpflichtungsscheine, keine Solawechsel und keinen einzigen Paragraphen der Zivilprozessordnung nötig. Sie werden unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mandanten und des Gewerbes ihre Forderungen so stellen, daß sie diese nach jeder Richtung mit gutem Gewissen vertreten können. Die Möglichkeit, ohne Hilfe des Zentralschlichtungsamtes zu einer Verständigung in freier Vereinbarung innerhalb der Tarifkommission zu gelangen, wird gegeben sein, wenn die Prinzipalsvertreter sich mehr von der Erkenntnis des Wertes einer weiteren friedlichen Entwicklung des Gewerbes als von sehr zweifelschneidigen und im Ernstfalle sicher mehr zerstörenden als erfolgversprechenden Kampfmaßnahmen leiten lassen werden!

„Rentabilität des Aktienkapitals im Buchdruck“

Die harte Ruß, die unser Mitarbeiter „Araus“ in den Nr. 13 und 16 des „Korr.“ bezüglich der „Rentabilität des Aktienkapitals im Druck- und Verlagsgewerbe“ den Unternehmern vorlegte, ist unauflöslich von den in Frage kommenden „Sachverständigen“ auf Verlagsseite tatsächlich schon getradet worden. Das recht bescheidene Erachtens hat die „Zeitschrift“ nun in ihrer Nr. 19 vom 6. März in einer Weise der Öffentlichkeit unterbreitet, daß es unserm Freund „Araus“ ein besonderes Vergnügen war, sich darüber herauszuholen und nachfolgend noch deutlicher zu sagen, „wo Bärte den Wolf wolt“.

Unter obiger Überschrift polemisiert die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Nr. 19 vom 6. März) in präventiver Weise gegen die in Nr. 13 und 16 des „Korrespondent“ erschienenen Artikel, betitelt „Die Rentabilität des deutschen Aktienkapitals“ und „Geschäftsergebnisse im Druck- und Verlagsgewerbe“. Der große Zeilenaufwand steht in einem argen Mißverhältnis zu der schwachen Argumentation, und was die „Zeitschrift“ sachlich vorzubringen hat, ist so dürftig, daß es sich eigentlich kaum lohnt, näher darauf einzugehen. Da wir uns aber nicht mit dem Odium der Indolenz und Ignoranz belasten möchten, wollen wir uns doch mit den von der „Zeitschrift“ gemachten Einwürfen und Unterstellungen kurz befassen.

In dem Artikel über die Rentabilität des deutschen Aktienkapitals haben wir eindeutig auf die bedenkliche Lage in der Automobil- und Lokomotivindustrie hingewiesen. Die „Zeitschrift“ ist nun der Meinung, wir hätten „folgerichtig“ in diesem Zusammenhang auch das Buchdruckgewerbe erwähnen müssen; bedenklicher als die Lage dieses Gewerbes sei die in den genannten Industrien sicher auch nicht. Verehrte „Zeitschrift!“ Wenn eine Variante als Kompliment gestattet ist, möchten wir sagen, daß diejenige Branche die beste ist, von der man in der Öffentlichkeit am wenigsten spricht. Es ist uns tatsächlich noch von keiner Seite, die auf Objektivität Anspruch erheben kann, zu Ohren gekommen, daß die Lage im Buchdruck „bedenklich“ ist; in den Handelsseiten der Zeitungen, in Zeitungs- und Büchern wird vom Buchdruckgewerbe kaum Notiz genommen. Rein, wir können der „Zeitschrift“ beim besten Willen nicht den zweifelhaften Gefallen erweisen — und kein objektiver Betrachter wird es wagen können — die Lage im Buchdruckgewerbe mit der der genannten Industrien in Parallele zu bringen, d. h. dieses Gewerbe quasi als notleidend hinzustellen. Schon die Tatsache, daß im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitslosen im Buchdruckgewerbe im Durchschnitt kaum 6 Proz. betrug, während beispielsweise für den Lokomotivbau mindestens 30 Proz. in Frage kommen, läßt einen Vergleich nicht zu.

Die „Zeitschrift“ ist weiter der Meinung, wir verweigern „schamhaft“ die Tatsache, daß in „Wirtschaft und Statistik“ die Durchschnittsdividende für das Berufstätigengewerbe für das Jahr 1926 mit 5,97 Proz. und für 1927 mit 6,85 Proz. angegeben sei. Dabei kann doch kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es uns in dem Artikel über die Rentabilität des deutschen Aktienkapitals in der Hauptsache darauf ankam, eine allgemeine Übersicht über die vom statistischen Reichsamte errechnete Rentabilität des deutschen Aktienkapitals zu geben. Hätten wir uns von der Absicht einer tendenziösen Aufpudung leiten lassen, dann hätten wir die Statistik über die Geschäftsergebnisse von 56 Unternehmungen des Buchdruckgewerbes so früher müssen, daß eine höhere Durchschnittsdividende als die von uns errechnete in Höhe von knapp 6 Proz. — also noch weniger als die für 1927 vom statistischen Reichsamte errechnete — herausgekommen wäre. Wir sind keineswegs in „amerantworlicher“ Weise willkürlich vorgegangen, sondern haben vielmehr ohne Rücksicht auf Dividendenausstattung

oder Dividendenlosigkeit in objektiver Weise die Geschäftsergebnisse einer Anzahl von Aktiengesellschaften untersucht, die zusammen etwa 70 Proz. des im Buchdruck- und Verlagsgewerbe investierten Aktienkapitals umfassen. Wir glaubten so unter Verzicht auf Stimmungsbilder ein typisches Bild von der Gesamtlage geben zu können, die wir zwar nicht, wie uns die „Zeitschrift“ unterstellt, mit dem Superlativ „glänzend“, sondern „im allgemeinen als gut“ bezeichneten. Das und manches andre paßt der „Zeitschrift“ nicht in den Kram. Sie bemängelt, daß die von uns erfaßten Betriebe zumeist „in nur ganz loser Verbindung mit dem Buchdruckgewerbe stehen“, daß „verschiedene gar nicht in die Aufstellung hineingehören“ (!), und schließlich kommt die „Zeitschrift“ zu der „Feststellung“: „es ist unschwer, fast bei allen Aktiengesellschaften, die sich mit Buchdruck befassen und eine höhere Dividende als 5 Proz. verteilt haben, nachzuweisen, daß der Gewinn dieser Gesellschaften aus Nebenbetrieben stammen“. Richtig, jetzt haben wir's! Einzig und allein die Nebenbetriebe der Buchdruckereien sind es, die nach der Auffassung der „Zeitschrift“ in der Regel hohe Gewinne abwerfen. Sonderbar ist dabei nur, daß die Direktoren dieser Kategorie von Gesellschaften mit solchen Nebenbetrieben ebenfalls zum Steinerweichen über schlechte Konjunktur und mangelnde Rentabilität jammern. Wer hat nun recht?

In dem ebenso krampfhaften wie vergeblichen Bestreben, die Unhaltbarkeit unserer Untersuchungen nachzuweisen, bringt die „Zeitschrift“ eine Aufstellung von 115 Gesellschaften (einschließlich der von uns erfaßten) und kann dabei — selbstverständlich — „ganz andre Feststellungen machen“. Während es uns aber darum zu tun war, durch Untersuchung und Gegenüberstellung einzelner Bilanzposten — zum Teilweisen der „Zeitschrift“ — nach Möglichkeit die Geschäftsergebnisse und somit die tatsächliche Rentabilität der Unternehmungen aufzuzeigen, beschränkt sich die „Zeitschrift“ in vorlässiger Weise und leicht erkennbarer Absicht lediglich darauf, den Nachweis über Dividendenauschüttung oder Dividendenlosigkeit zu führen; sie denkt natürlich nicht entfernt daran, etwa den Nachweis über die Geschäftsergebnisse der von ihr herangezogenen Unternehmungen zu erbringen. So wird quasi in vulgärer Weise die ausgewiesene Dividende gleich Rentabilität oder Dividendenlosigkeit gleich man „nde Rentabilität“ gesetzt, ob schon es erwiesen ist, daß die Dividende längst nicht mehr als Maßstab für den tatsächlich herausgewirtschafteten Profit gelten kann. Wir können hier nur wiederholen: die Verwaltung einer Aktiengesellschaft und die Aktionäre haben sehr häufig ganz verschiedene, einander entgegengesetzte Interessen. Der dem Betrieb fernstehende kleinere oder größere Aktionär ist unter allen Umständen für eine möglichst hohe Dividende. Die Verwaltung hingegen hält häufig die Verwendung der Überschüsse zur „Selbstfinanzierung“, oder zu expansiven Zwecken für geratener. Die Überschüsse der Aktiengesellschaften werden heute zum geringsten Teil oder gar nicht für die Ausschüttung einer Dividende benützt; der größte Teil des Gewinns dient auf alle Fälle zur Bildung offener oder stiller Reserven.

Von den Betrieben, die keine Dividende begahlen, aber auch keine Abschreibungen oder nur unzulängliche machen und selbstverständlich auch keine Reserven annehmen können, schreibt der „Korrespondent“ nichts — räsoniert die „Zeitschrift“. Wir können nur feststellen, daß dies die „Zeitschrift“ sonderbarer Weise auch nicht tut. Dafür spricht sie von „außenstehenden Berichten“, die sie „über diese Dinge“ in Händen habe, und weiter von Konjunkturberichten, die sie halbjährlich einfordere und die „ein ganz andres Bild zeigen“. Warum so prüde in puncto Publizität, verzeihe „Zeitschrift“? Warum erfährt die Öffentlichkeit von diesen so außerordentlich schwerwiegenden Berichten nur Stills-



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Nowat in Hamburg
Eingetretet: 10. März 1879 — Jetzt Invalide



worte? Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß es mit diesen Unternehmungen sowie mit den andern, „die alle mit Null von Null abgegriffen haben“, wie die „Zeitschrift“ so rührend sagt, eine besondere Bewandnis hat.

Wir können der „Zeitschrift“ gerne den bescheidenen Triumph, den sie zweimal ausstößt, und der darin besteht, daß sie in der überaus glücklichen Lage ist, feststellen zu können, daß eine der von uns angezogenen Firmen, und zwar die Aktiengesellschaft für Druck und Verlag Gebr. Gottschell in Kassel, nicht 6, sondern nur 4 Proz. Dividende bezahlt habe. Wenn ihr aber deswegen bezüglich der Genauigkeit unserer Aufstellung „große Zweifel entstehen“, so dürften dieselben gewiß keine größere Berechtigung haben als die, die wir kürzlich der von der „Zeitschrift“ gemachten Angaben, Behauptungen und Unterstellungen hegen müssen. So wird behauptet, wir hätten bei der Firma A. G. E. Baensch jun. (Magdeburg) eine Dividende von 5 Proz. vermerkt. Tatsache ist, daß wir in unserer tabellarischen Darstellung eine solche von 2 Proz. angegeben und durch Fußnote auf eine weitere Dividende von 5 Proz. für Vorzugsaktien hingewiesen haben. Weiter möchte uns die „Zeitschrift“ — und sie versucht dies mit unverhohlener Schadenfreude — bezüglich des von uns angegebenen Reingewinns der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft einen „Capitulum“ nachweisen, indem sie „feststellt“, daß der von uns angegebene Reingewinn falsch sei. Wir unterhalten weder zu diesem noch zu irgendeinem andern Unternehmen des Buchdruckgewerbes „Beziehungen“, sondern sind lediglich auf die dürftigen Mitteilungen der Handelspresse und auf die Veröffentlichungen des „Handbuchs der deutschen Aktiengesellschaften“ angewiesen, wo übrigens in Band II, 1928, Seite 3300 zu lesen ist, daß der Reingewinn der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft (deren Bilanz nebenbei bemerkt bezüglich Klarheit und Übersichtlichkeit vorbildlich ist), wie wir berichteten, 133 476 M. beträgt und nicht 56 164 M., wie die „Zeitschrift“ ausfindig gemacht hat.

Zum Schluß noch einige Worte zu der beanstandeten Gegenüberstellung von Abschreibungen und Rohgewinn. Hier legt die „Zeitschrift“ eine geradezu verdächtige Hervorhebung an den Tag; es ist ihr unverständlich, was die Gegenüber-

stellung der Abschreibungsquote mit dem Rohgewinn bedeuten soll. Die „Zeitschrift“ weist — nach unserer Meinung ganz unverständlich und überflüssig — auf die Binsenwahrheit hin, daß Abschreibungen von den vorhandenen Werten und nicht von den Gewinnen gemacht werden und führt einige Rechenbeispiele an, wobei die Abschreibungen in ein Verhältnis zum Aktienkapital gebracht werden. Die „Zeitschrift“ hätte sich diese Mühe ruhig sparen können.

Wir möchten zunächst fragen: wo in aller Welt haben wir behauptet oder auch nur den Anschein erweckt, daß Abschreibungen vom Roh- oder Reingewinn gemacht werden? Wir können diese böswillige Unterstellung nicht anders deuten als einen krampfhaften Ablenkungsversuch. Unser Hinweis auf die hohen Abschreibungen, die durch die Relation zwischen Gewinn und Abschreibungsquote deutlich zum Ausdruck kommen, ist es, was die „Zeitschrift“ in heller Wut als „Unfug“ bezeichnet. Das Unternehmerorgan muß uns schon das Recht zugestehen, bei der Darstellung und Auswertung unserer statistischen Erhebungen so zu verfahren, wie wir es für nützlich, gut und recht befinden. Wir vermögen beim besten Willen nicht einzusehen, daß es ein Unfug ist, die Abschreibungen in ein Verhältnis zum Rohgewinn zu bringen. Wir sind überzeugt: wären wir nach dem Rezept der „Zeitschrift“ verfahren, dann hätte uns diese möglicherweise die von uns angewandte Methode empfohlen. Natürlich hätte man die Abschreibungen nebenbei auch noch in ein Verhältnis zum Aktienkapital bringen können; da aber diese Kapitalien mehr oder weniger fiktiven Charakter aufweisen, und in keinem Fall den wahren Substanzwert der Unternehmungen repräsentieren — weder das Nominalkapital noch der Kurswert —, so wäre bei einer solchen Relation das Bild bestimmt nicht klarer geworden. Wir haben im übrigen gar keine Ursache, zu leugnen, daß es uns darum zu tun war, die Abschreibungen in ein Verhältnis zu den Gewinnen zu bringen, um die Höhe der Abschreibungen deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Denn hier liegt heute der Schwerpunkt, der eigentliche Rentabilitätsfaktor, nicht in der Dividendenauschüttung. Wenn man die Höhe der Abschreibungen und die tatsächliche Rentabilität demonstrieren will, dann muß man die Gesamtsomme der Abschreibungen wohl oder übel in ein Verhältnis zum erzielten Gewinn bringen. Dabei darf vorausgesetzt werden, daß keine Abschreibungen vorgenommen werden, die nicht verdient worden sind. Daß auch diese Methode problematisch ist (man denke nur an den schwankenden Begriff „Rohgewinn“), soll auch von uns nicht bestritten werden. Leider wird aber eine absolut zuverlässige Vergleichung schon dadurch unmöglich gemacht, daß in der Regel von dem ausgewiesenen Rohgewinn das zur „Selbstfinanzierung“ notwendige Kapital vorweggenommen und in irgendein Konto versteckt wird. Nur sollte man angeklagt dieser Tatsachen von Unternehmern zugeben, daß bezüglich der Einheitlichkeit gewisse Fehlerquellen fast ausschließlich in der unterforschlichen und oft willkürlichen Bilanzpraxis der Unternehmungen zu suchen sind.

Wir bleiben dabei: Die Rentabilität im Buchdruck dürfte im allgemeinen gesichert sein. Und auch dann lassen wir uns in unserer Überzeugung nicht irre machen, wenn etwa mit Rücksicht auf die bevorstehenden Lohnverhandlungen die demnach für 1928 zu erwartenden Abschüsse dividendenlos bleiben sollten. Die Unternehmer haben es noch immer verstanden, ihre Taktik den jeweiligen Verhältnissen anzupassen und trotz nachweisbar guter Geschäftslage durch übermäßige Abschreibungen und Rückstellungen und unfriedigende Geschäftsergebnisse oder gar Wertverlustabschlüsse zu konstruieren. Argus.

Wissen ist Macht!

Ein Beitrag zur Gründung der Bundeschule des ADGB.

Die Errichtung der im Rohbau nahezu vollendeten Bundeschule des ADGB in Bernau bei Berlin hat bei einem großen Teil der Mitglieder der freien Gewerkschaften lebhafteste Beachtung gefunden. Das Projekt, das aus dem Bedürfnis entstanden ist, den tätigen Mitgliedern in der Gewerkschaftsbewegung neues Wissen zu vermitteln, kann nur freudig begrüßt werden. Allen Teilnehmern bei der Grundsteinlegung sind wohl noch die Worte von Theodor Leipart in Erinnerung, wie er von der neuen Zeit sprach, die auch für die Arbeiterbewegung gekommen ist.

Die Entwicklung der deutschen Republik hat die Arbeiterschaft vor neue Probleme gestellt, die nicht so schnell zu lösen sind. Der letzte Gewerkschaftskongress in Hamburg hat ein offenes Bekenntnis zur jetzigen Staatsform abgelegt. Durch dieses offene Bekenntnis sind die freien Gewerkschaften aber auch zu Hütern der Reichsverfassung geworden. Die Verfassung, die sich das deutsche Volk vor zehn Jahren gab, enthält wenig von dem, was der deutschen Arbeiterschaft als Ziel vorstrebte; dennoch ist in ihren Artiteln vieles enthalten, was für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist. Die soziale Frage ist in der Nachkriegszeit immer mehr in den Vordergrund getreten; der Begriff „Arbeitskraft“ hat eine besondere Bedeutung erlangt. Durch die veränderte geistige Einstellung der

bürgerlichen Kreise und durch die wachsende Proletarisierung dieser Schichten hat sich dort die Ansicht über den „Arbeiter“ gewandelt. Die Gewerkschaften haben sich im Staate zu einem Machtfaktor entwickelt, mit dem die gesamte Volkswirtschaft rechnen muß. Bis zum Jahre 1914 beschäftigten wir uns mehr auf agitationspolitischem Gebiet: wir mußten werden, Mitglieder gewinnen. Heute wird die Gewerkschaftsbewegung durch ihre Ideen und ihre Macht, der Erfolg wird durch die steigenden Mitgliederzahlen bewiesen. Die Errichtung eines Arbeits- und eines Wirtschaftsministeriums brachte neue Gesetze und neue Verordnungen, die die gesamte Wirtschaft gegen die Vorkriegszeit stark beeinflussten und zu andern Wegen führten. Durch diese Entwicklung werden an die Arbeiterschaft und im besonderen an die Funktionäre Anforderungen gestellt, die ganz neue Gebiete betreffen. Ein Beispiel sei hier angeführt: das Betriebsrätegesetz, das einen Teil der großen Arbeitsgesetzgebung bildet. Wenn auch die Betriebsräte durch allerlei Kurse und Schulen eingeführt werden, so bleiben doch noch große Wissensgebiete übrig, in die eingebunden werden muß, die zu beherrschen sind. Im gesamten Bildungsweesen wird durch die Gründung der Bundeschule eine der vielen Lücken ausgefüllt, ein großes Verdienst des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Was erwarten wir nun von unserer Bundeschule? Eine erschöpfende Antwort auf diese Frage kann wohl

nicht gegeben werden. Zum Teil ist sie auch schon beantwortet worden durch die Reden bei der Grundsteinlegung. In dieser Schule, die Teilnehmer aus allen Industriegruppen und aus allen Teilen Deutschlands umfassen wird, wird der Solidaritätgedanke die Grundlage für die Schulgemeinschaft bilden. Neue Lehrmethoden müssen angewendet werden, um den Lernenden nicht mit totem Wissen zu belasten, da die Zeit der Lehrgänge naturgemäß kurz ist. Elementarwissen über Arbeitsrecht, Volkswirtschaft und alle andern Stoffe wird wohl jeder Schüler mitbringen müssen, um Problemstellung und Lösung schneller entwickeln zu können. Was dort gelehrt wird und der Lernbegierige auch in sich aufgenommen hat, bildet dann die Grundlage für die praktische Gewerkschaftsarbeit in den Organisationen und Betrieben. Vertieftes und gründlich fundiertes Wissen der Arbeitsgesetzgebung, in der Sozialpolitik, in der Volkswirtschaft und in der Geschichte der Arbeiterbewegung werden dann aufzeigen, auf welchen Gebieten die Arbeiterschaft Rechte besitzt, die zu wenig, teils gar nicht beachtet werden. In der Bundeschule werden also die Kämpfer geistig wehrhaft gemacht und als Pioniere im Kampf um den Sozialismus der Arbeiterbewegung zurückgelassen. Das von Friedrich Engels oft betonte Wort „Wissen ist Macht!“ hat nun der Bundesvorstand durch die Gründung dieser Anstalt erneut in die Tat umgesetzt.

Berlin.

Krusc.

Her mit dem Kulturlohn!

Wir haben im vergangenen Jahr durch unsre Vertreter diese Forderung laut und deutlich vernehmbar der Prinzipalität gegenüber erhoben — ein gewisses Maß an volkswirtschaftlicher Logik auf der Gegenseite hat sie leider zum Scheitern verurteilt; doch ist ihre wiederholte Aufstellung deshalb nicht minder berechtigt.

Mindestens 10 Proz. der Bevölkerung Deutschlands sind durch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit direkt aufs schwerste betroffen, in der Tat ist ihr Kreis ja wesentlich größer, wenn man die Familienmitglieder, Kleinentner usw. in Rechnung stellt. Von den übrigen 90 Proz. ist eine kleine Oberschicht im Besitz der Produktionsmittel, ein weiterer Teil von Großpensionären und Aktionären verzehrt ungeachtet der allgemeinen Notlage, ohne nur ein haarsbreit davon abzuweichen, in aller Gemütsruhe sein arbeitsloses Einkommen, und wenn man mit Recht höhere und mittlere Beamte und Angestellte außer Betracht läßt, so kann man doch immerhin mit 70 bis 75 Proz. rechnen, die durch die Wirtschaftskrise mehr oder weniger in Mitleiden- schaft gezogen sind.

Nach dem volkswirtschaftlichen Erfahrungssatz, der im kapitalistisch hochentwickelten Amerika zwangsläufig befolgt wird, weiß auch der simpelste Unternehmer einsichtig genug ist, um die Bedeutung der Kaufkraft auch des geringsten Arbeiters im eignen Lande zu erkennen, ist der Volkswohlstand desto größer, je höher die Löhne sind, die gezahlt werden. Die Wichtigkeit des Lohnproblems ist oft genug betont worden, ohne daß das deutsche Unternehmertum daraus bisher die rechte Nutzenanwendung gezogen hätte, und leider stimmen auch die Buchdruckprinzipale bei allen möglichen Gelegenheiten die gleiche Forderung an, daß mit der Lohnpolitik, wie sie bisher getrieben wurde, Schluß gemacht werden müsse und man angeht, „an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt“ sei.

Diesen Klagegebern stehen die günstigen Geschäfts- ergebnisse vieler Betriebe gegenüber, die ihre Unter- nehmungen rationell umgestaltet vermochten. Die in Konkurs geratenen Offizinen sind einfach dem Zuge der Zeit nicht gefolgt und bewiesen mit ihrer Mißwirtschaft, unter der die Allgemeinheit nicht leiden darf, nichts gegen die Nichtigkeit der These, daß die meisten Buchdruckereien sehr wohl in der Lage sind, die Löhne mehr den Grund- sätzen sozialer Gerechtigkeit und kultureller Notwendig- keiten anzupassen, als dies bis zur Stunde der Fall war.

Auf dem Wege zu diesem Ziel bietet die im vergangenen Jahre bei den Lohnverhandlungen aufgestellte Forde- rung eine geeignete Grundlage. Daß sie damals bei den Prinzipalen den heftigsten Widerstand begegnete und der Ablehnung verfiel, stellt ihrer volkswirtschaftlichen Ein- sicht ein schlechtes Zeugnis aus. Es kann aber durchaus nicht eingesehen werden, weshalb man in ihren Kreisen sich einer „Amerikanisierung der Gesinnung“ so wehrsam entgegenstellt. Für die Dauer läßt sich dieser natur- und lebensnotwendige Prozeß ja doch nicht aufhalten, und die für den kulturellen Aufstieg der Menschheit wichtigste In- dustrie sollte den Anfang machen, um so mehr, als diese Eignung von ihr unmöglich bestritten werden kann.

Erkenntnis aber verpflichtet, und wenn man sich ihr verweigert, so hebt das diese Verpflichtung keineswegs auf. Denn was drüben in den Vereinigten Staaten sich als gut für beide Teile erwiesen hat, kann, auf unsre Verhältnisse umgemünzt, unmöglich zum Fluch werden. Se mehr diese Einsicht sich bei uns durchsetzt, um so segensreicher wird sie sich auswirken für unsre gesamte Volkswirtschaft und die Krise, soweit sie nicht saisonmäßig bedingt ist, auf ein Mindestmaß herabdrücken. Weiß doch der beschränkteste Untertanverstand heute, daß hohe Löhne die Kaufkraft stärken und damit die Erfüllung von Kulturbedürfnissen ermöglichen, die fast fünfzehn Jahre von der Arbeiterschaft in die Mumpelkammer geworfen werden mußten. Kann es etwa bestritten werden, daß die Mehrzahl heute vom Ge-

nau guter Instrumentalkonzerte, Theateraufführungen und wirklich erholungsbringender Reisen ausgeschlossen ist, so- weit nicht die Nähe von Naturfreundebädern dies not- dürftig erleichtert?

Diese Folgeerscheinung ist aber nicht die wichtigste des Kulturlohn, sondern die Hebung des Volkswomens durch Belebung des Arbeitsmarktes, die Beseitigung des Wohnungslebens, bessere Balancierung des Reichs- und Staatshaushalts, Hebung des Nationalbewußtseins im besten Sinne des Wortes und vermehrte Berufsrunderigkeit. So profitieren alle Teile daran, um so mehr, als die Be- wegung, dem Buchdrucker seinen gerechten Anteil am Ar- beiterertrag zu sichern, einmal ins Rollen gekommen, un- bedingt weitere Kreise ziehen muß, und zwar im Sinne positiven Aufbaues unsres gesamten Volkstums.

Kürnberg.

Arthur Stahl.

Buchdruckerbilanzen

Zwei Artikel haben wir in unserm „Korr.“ gehabt über das Budget eines Buchdruckergehilfen. Leider haben wir nicht eine einzige Haushaltsbilanz eines Buchdrucker- unternehmers — lies Prinzipal — zu sehen bekommen. Ob da wohl einer unter den „Großkopfen“ ist, der sich — gleiches Recht für alle — mit einem Jahresbudget von 2500 M. für sich und seine Familie begnügen würde? Schon das Anknüpfen, mit dem genannten Betrag einen Haushalt auszubalancieren, würde mit Enttäuschung zu- rückgewiesen und als beleidigende Zumutung ausgelegt werden.

Mit einem Blick auf die günstige Lage der meisten kleineren und mittleren Buchdruckereibetriebe und die Bilanzen der großen deutschen graphischen Unternehmen und deren Gewinne muß jedoch jedem Gehilfen die Über- zeugung kommen, daß das Gesamtergebnis der Unternehmer über zu hohe Löhne, die das Gewerbe angeht, „nicht mehr tragen kann“, geradezu absurd wirkt, die Ver- weigerung menschenwürdiger und den erzielten Gewinnen entsprechender Löhne vielmehr lediglich und ganz aus- schließlich auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Unternehmer es an Weitsicht, Modulationsfähigkeit und gutem Willen fehlen lassen. In bezug auf die Entlohnung können sich die Unternehmer ein Beispiel an den nord- amerikanischen Buchdruckereibesitzern nehmen, die — wie das gesamte nordamerikanische Unternehmertum — auf dem Standpunkte stehen, daß ausreichende Bezahlung die Zufriedenheit in Arbeiterkreisen fördert. Hiermit soll nicht im geringsten die nordamerikanische Arbeitsmethode pro- pagiert werden — was sich in Nordamerika gut anläßt, braucht darum in Deutschland doch nicht angebracht zu sein —, was unsre Unternehmer von den Nordamerikanern aber lernen können, das ist Vaterlandsliebe, die sich nicht nur in Tosen, Gesang der „Wacht am Rhein“ und in drei Hurras für den „Obersten Deferteur“ betätigt, sondern auch einmal daran denkt, daß Eigentum verpflichtet! Verpflichtet nicht nur zum Steuernahlen; das tun die Herren ja zwar auch nicht gern, aber sie müssen eben (mit einem nassen und einem trocknen Auge), sondern auch verpflichtet im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens im Gewerbe, zum Wohle der Gesamtheit. Zwar geben sich unsre Führer alle erdenkliche Mühe, diesen Ge- dankengang in hundertlei Variationen den wirtschaft- lichen Antipoden beizubringen, damit endlich ein gemein- sames Interesse am Wohlergehen des Gewerbes Arbeiter und Unternehmer zu Beratungen zusammenführe, stets aber wird man finden, daß die Unternehmer glauben — und dies als ganz selbstverständlich, annehmen —, daß nur sie allein berechtigt sind, die Schafe zu scheeren. Diese Ideo- logie stammt noch aus den wilhelminischen Zeiten und scheint nicht auszurotten zu sein, man hat eben nichts dazulernen wollen. Es ist tiefbedauerlich und läuft jedem sozialen Empfinden, ganz zu schweigen von Vaterlands-

gefühl, das die Unternehmer nur auf den Lippen, aber nicht in der Tat haben, zuzumä, wenn infolge fargen Lohnes der Arbeiter, speziell der Buchdruckergehilfen, seine Ehefrau mit auf die Arbeit schicken muß, um mit deren Hilfe das Haushaltsbudget einigermaßen zum Stimmen zu bringen. Welche Gefahren in der Mitarbeit ver- heirateter Frauen lauern, kann nur der richtig ermessen, der einmal in solchen Arbeiterausfall hineingesehen hat, wo die Mutter auf Arbeit gehen muß und ihre eigentliche Zweckbestimmung, pflegliche Verwaltung des Haushaltes und Erziehung der Kinder, nur oberflächlich erfüllen kann, wenn sie abends ermüdet von der Arbeit heimkehrt. Diese Zustände sind ungesund und geben zu Bedenken nach vielen Richtungen Anlaß.

Mit Lohnhöhungen allein ist freilich das Miß- verhältnis zwischen Lohn und Haushaltungskosten nicht zu meistern, vielmehr bedarf es hier des „richtigen“ Maßhaltens, damit die Arbeiterschaft im Staate eine Regierungspartei bilden kann, die die Vorherrschaft der Unternehmer ausschaltet. Dann können wir andre Gesetze als die heutigen erlassen, andre Ausführungsverordnungen und andre Geschäftsanweisungen den Behörden geben, damit diese lernen, nach dem Willen der Mehrheit zu regieren. Heute können sie das noch nicht!

Abtragung der Zollschranken und Hereinlassen der aus- ländischen Konkurrenz — argentinisches Fleisch, australische Wolle, amerikanischer Weizen, Roggen, Mais, amerika- nische Früchte usw. — würden einen heilsamen Einfluß auf die Preisgebung ausüben. Die heimische Land- wirtschaft erhält dann erst den Ansporn zur Anspannung aller Kräfte, um den Auslandserzeugnissen den Markt abzugewinnen, an einer maßvollen ausländischen Kon- kurrenz würde sie bestimmt nicht zugrunde gehen. Heute hält man gestiftenlich die Preise auf dem Lebensmittels- markt auf einer Höhe, die zum Lohnniveau in einem starken Mißverhältnis steht, das abzuändern wir bestrebt sein und bleiben müssen. Der Weg zum letzten Ziel ist noch weit, und als sicher ist anzunehmen, daß die kurz- sichtige Verbotsfreiheit der Unternehmer es darauf ankommen läßt so lange, bis eines schönen Tages ein Erwachen er- folgt, das man sich nicht träumen ließ. F. J. in S.

Lohn und Familie

(Eine Stimme der jungen Generation.)

Wie oft hört man die Äußerung: Wenn ich schon einmal heirate, dann muß ich eine Familie ernähren können. Muß die Frau mit zur Arbeit gehen, dann ist alle Häus- lichkeit dahin, ganz zu schweigen von einer glücklichen Nachkommenchaft, für die heute mehr denn je die Ver- antwortung größer geworden ist. Man will mit Recht heute nicht mehr blinden Zufällen das Schicksal wende- rder Geschlechter anvertrauen, sondern Garantien selbst- verständlichster Art für die Zukunft jener haben, die einst das Leben ihrer Väter und Mütter fortsetzen sollen. Nicht auf niedrigerer, sondern auf höherer Stufe wirtschaftlicher, biologischer, logischer und seelischer Daseinsgesetze.

Aus dieser selbstverständlichen Forderung einer tief- verantwortlichen Geistigkeit, ist es offensichtlich Unver- stehen oder recht durchsichtige Argumentation, wenn von reaktionärer Seite der jüngeren Generation der Vorwurf gemacht wird, daß sie nur genießen wolle, ohne Ver- antwortung zu tragen. Gerade die „höheren“ Schichten geben das beste Beispiel für die Tatsache, daß der kul- tiviertere Mensch in bezug der Nachkommenchaft die Kinderproduktion in der Quantität der „Herde“ überläßt, um selbst für qualitative Gesichtspunkte seiner Zucht den größten Spielraum durch Beschränkung der Kinderzahl zu haben. Dem bedeutenden Werke Dr. A. Hobann „Ge- schlecht und Liebe“ (eines Buches, welches nicht genug jedem Kollegen zur Lektüre empfohlen werden kann) seien zur Illustration folgende Zahlen entnommen:

Kalenderausstellung

Kalender sind nicht nur Zeitmesser und Werbemittel, für den Buchdrucker bilden sie auch ein wertvolles An- schauungs- und Fortbildungsmaterial. Das beweist die gegenwärtige Kalender- und Neujahrskartenausstellung, die, wie in den Vorjahren, so auch in diesem Jahre im Ber- liner Verbandshaus gezeigt wird. In gutgegliederter Zu- sammenstellung hat der Bildungsverband die bei ihm zum Jahreswechsel eingegangenen Kalender und Neujahrskarten zu einer Ausstellung vereinigt, die die Vorzüge und Nachteile der mannigfachen Ausstattungsarten und -formen wie auch die mehr oder weniger nützliche An- wendung der verschiedenen Druckverfahren erkennen läßt.

Obwohl es sich bei der Ausstellung nur um eine be- schränkte Anzahl von Kalendern handelt, die vorwiegend von Firmen der graphischen Industrie als Werbemittel herausgegeben wurden, weist die Zusammenstellung doch eine Vielfältigkeit und einen Reichtum auf, die jedem Be- sucher Achtung abnötigt. Vom kleinsten Taschenformat bis zur auffallenden Plakatgröße finden wir bibelstille, Buch-, Termin-, Weisheits- und Wandkalender in bunter Reihe. So vielfachartig wie die Formen sind auch die Druckverfahren. Es gibt wohl kaum ein Verfahren, das hier nicht, wenigstens in seinen Hauptzügen, zur An- wendung gekommen ist. Neben den einfachen, nur mit Typenmaterial hergestellten, sachlich aber durchaus werbe- kräftig wirkenden Buchdruckkalendern sehen wir den Drei- und Vierfarbendruck, den Offset-, Tief-, Blei-, Film- und Steindruck. In einem Falle (Neujahrskarte) ist sogar die

Originalradierung vertreten. Die Aufmachung der Aus- stellung ermöglicht allen Besuchern einen schnellen Über- blick und einen guten Vergleich über diese Verfahren. Hier- bei sei besonders auf einen Autotypdruck hingewiesen, der durch nochmaligen Überdruck einem Tiefdruck täuschend ähnlich sieht.

Das ausschlaggebende Moment eines Kalenders der ausgestellten Art ist seine Werbewirkung. Zur Erzielung dieser Wirkung werden die größten Anstrengungen beim Entwurf sowohl wie bei der Ausführung gemacht. Es ist deshalb von besonderem Reiz, die Ausstellung daraufhin zu prüfen, durch welche Mittel der Zweck erreicht wird. Nicht von jedem Kalender läßt sich da Gutes sagen. Wendet z. B. eine Buchdruckerei, die nur Hochdruck pflegt, Flach- oder Tiefdruck für ihre Werbearbeit an, so zeigt sich darin wenig Selbstvertrauen zu ihrem eignen Können. Dagegen wird ein mehrfarbiger Offset- oder Tiefdruckkalender eine sehr gute Empfehlung für die Anstalten sein, die für diese Druckarten in Frage kommen.

Bei den Buchdruckkalendern sind sehr ansprechende typo- graphische Arbeiten anzutreffen. Auch die als Schmutz oder zu bibelstille Darstellungen benutzten Schnitte aus Holz, Linol oder Blei, und Zeichnungen sind zum größten Teil sauber und kunstgerecht entworfen und ausgeführt. Wenig befriedigen jedoch die Kalender, die die neue Sach- lichkeit vertreten sollen. Sie schließen meist über das Ziel hinaus und werden so der neuen Gestaltungsart wenig Freunde erwerben. Fast das gleiche trifft für die Kalender- rückwände mit Photomontage zu, die oft sehr ansehnbare Kompositionen aufweisen. Dagegen wirkt die einfache Ver-

wendung von Photographien ungekünstelt und natürlich. Bei den Dreifarbendruckern wird besonders der Druckerfach- mann gern verweisen; ebenso dürften die in den Mittel- vitrinen untergebrachten bibelstille Kalender, unter denen auch die verschiedenen Buchdruckeramanege sich auszeichnen, einen Anziehungspunkt für den Besucher bilden. Farbentrost-Isolen die Offset- und Tiefdruck einiger deutscher Großdruckereien. Die Entwürfe stammen zum größten Teil von bekannten Künstlern.

Die in mehreren Fällen gezeigten Vergleiche mit vor- jährigen Kalendern lassen die einheitliche Linie erkennen, die von verschiedenen Druckfirmen in der Ausstattung ihrer Werbefarben alljährlich eingehalten wird. Stark beein- trächtigt wird dagegen der Gesamteindruck der Ausstellung durch die in den meisten Fällen verwandten Massenblöcke, die bei Abreißkalendern das individuelle Gepräge der Rückwand gänzlich zerstören. Wie wohlklingend wirken da- gegen die einheitlich gestalteten Blöcke zu den Künstler- kalendern, die mit ihren charakteristischen Ziffern wirklich einen Kontor- und Zimmerdruck bilden.

Eine Welt für sich ist die Neujahrskartenausstellung. All die Karten und Raritäten sind mit Liebe und Sorgfalt ge- schaffen. Aus ihnen spricht keine kalte Höflichkeit, sondern die kollegiale Gesinnung und Verbundenheit, die auch heute noch zuwischen der großen Gemeinschaft der Verbands- gehilfen im Buchdruckgewerbe besteht. In ihrer Gesamtheit sind sie ein Dorado typographischer Klein Kunst, das allein schon den Besuch der Ausstellung lohnt. Möge sie sich des- halb auch des Zuspruchs erfreuen, den sie verdient. e. r.

Akademiker 2,7 Kinder, davon starben 5,4 Proz.
 Freie Berufe 3,4 Kinder, davon starben 8,1 Proz.
 Beamte u. Lehrer 3,2 Kinder, davon starben 6,1 Proz.
 Kaufleute 3,4 Kinder, davon starben 9,0 Proz.
 Selbständ. Handwerker 3,4 Kinder, davon starben 15,6 Proz.
 Angestellte 3,4 Kinder, davon starben 16,3 Proz.
 Arbeiter 6,0 Kinder, davon starben 20,7 Proz.

(900 Ehen von durchschnittlich 15jähriger Dauer.)

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, rechnet man noch dazu die Alten, über 65 Jahre, die nicht mehr erwerbstätig sein können, so ergeben sich typische Merkmale der Belastung eines proletarischen Haushalts, der wohl kaum mehr als gesund bezeichnet werden kann.

Die Kerntruppe der 25- bis 45jährigen wird sich aber zwischen 1926 bis 1931 um rund eine Million vermehren. Nach den Zählungen des Instituts für Konjunkturforschung besteht in Deutschland allein schon heute gegenüber 1913 ein Mehrgebot von 3,7 Millionen an Arbeitskräften.

Selbst wenn die älteren Arbeiter (von 45 bis 65), wie angenommen, im steigenden Maße arbeitsfähig bleiben sollten, so sind die Belastungen der jungen Generation entweder durch Arbeitslosigkeit, schwereres Nachrüden in freierwerbende Stellen, Rationalisierung und damit Freisetzung von arbeitenden Händen, oder aber Tragung der Lasten für die Arbeitsunfähigen so stark, daß eine Hebung des kulturellen Niveaus nur in Ausnahmefällen sichtbar werden wird.

Hier sind die Scheidepunkte: Wenn die Lohnpolitik nicht in Hinsicht eines gesunden Familienlebens getrieben und besonders vom Unternehmertum akzeptiert wird, so wird jeder Lohnkampf gleichzeitig eine Entscheidung für oder gegen die Ehe.

Die Praxis im Unternehmertum, jeden Lohnkampf nicht in der Sphäre wirtschaftlicher Verständigung, sondern auf dem Boden politischer Machtkämpfe zu entscheiden, zeigt deutlich, wohin die Reise geht: Selbst die kürzlichsche Basis, auf der eine proletarische Ehe daheimberechtigt ist, soll weiter zertrümmert werden.

Was hat da die junge Generation für Aussichten, wenn die veröffentlichten Jahresbilanzen einiger verheirateter Kollegen, trotz überhartiger Bezahlung, ein Minus brachten? Soll das proletarische Leben im besten Falle auf das Recht, einen Schrebergarten mieten zu dürfen, beschränkt bleiben? Es gibt keinerlei Garantien, eine friedliche Epoche der allgemeinen ökonomischen Blüte in den nächsten Jahrzehnten zu haben, sondern die lohnpolitischen Realitäten beweisen, daß trotz der kapitalistischen Gesundheit die Armeen des Elends steigen.

Die Herren Prinzipalvertreter hätten Gelegenheit, zu beweisen, ob es ihnen ernst ist mit dem Beruf, deren wichtigstes Element doch immer der Mensch bleiben wird. Zerflören sie ebenfalls das Fundament gesunden Familienlebens durch Zahlung von Löhnen, die 1. Sammlung eines Spargroschens nicht ermöglichen, 2. indem auch die Buchdrucker gezwungen werden, die Kräfte ihrer Frauen im Produktionsprozeß vorausgaben zu lassen — dann graben sie am eignen Grab.

Sollten noch Beispiele, Zahlen usw. über die alle Lebensbeziehungen erfassende Not, besonders auch der jüngeren Generation, gebraucht werden, so sei nur empfohlen, eine Nummer einer beliebigen Tageszeitung zu prüfen: Berzweiflungstaten junger Menschen, Selbstmorde in steigender Zahl, sittlicher und moralischer Tiefstand — weil vielen ernsthaft strebenden Menschen nur noch ein betäubendes Surrogat infolge sozialen Tiefstandes als letzter Ausweg einer Lebensbefriedigung erscheint.

Mögen diese Erwägungen ein kleiner Beitrag sein, um jene zum Nachdenken und Nachgehen gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen zu bewegen, die ja auch auf die Jugend spekulieren. Das Objekt der Spekulation kann aber nur dann eine wertvolle Kraft sein, wenn es an Körper und Geist gesund ist. Zum Lehreren gehört nur eins: Ein Kulturlohn, der nicht die Urzelle aller heutigen Lebensbeziehungen, die doch auch sonst heilig gepriesene Familie, zur Utopie oder zum Käfig der Not macht. . .

Frankfurt a. M.

Erich Polster.

Hoher Zinsfuß und Arbeitslosigkeit

Die drei Millionen Arbeitslosen geben wieder einmal den Anlaß zu einem Generalangriff auf die Löhne. Aus dem großen Blätterwald wie aus den Reden der Industriekapitäne tönt uns der Ruf entgegen: der hohe Zins als Ausdruck der bestehenden Kapitalknappheit sei die Ursache der gewaltigen Arbeitslosigkeit. Man formuliert das auch anders: erst wenn die Kapitalbildung feile und damit der Zinsfuß sinke, würden die Arbeitslosen Beschäftigung finden. Die Kapitalbildung könne aber nur gesteigert werden durch Einschränkung des Verbrauchs, was aber nur durch Niedrighaltung der Löhne erreicht werden könne. In recht pathetischer Form fand dieser Gedankengang kürzlich Ausdruck in einem Artikel von Dr. Stolper, dem Herausgeber des „Deutschen Volkswirts“: „Zweifeln Sie, zweifelt irgend jemand in Deutschland daran, daß die Arbeitslosigkeit geringer wäre, wenn Deutschland statt eines zehnprozentigen einen sechsprozentigen Kapitalzins hätte? Zweifeln Sie, zweifelt irgend jemand daran, daß wir diesem Kapitalzins näher wären, wenn in Deutschland weniger verbraucht und mehr gespart worden wäre?“ Die Schlussfolgerung: die gegenwärtigen Löhne sind zu hoch und gestatten nicht die Senkung der Zinssätze.

Was an dieser Darstellung nicht zu bestreiten ist, ist die Tatsache, daß der Kapitalbedarf in Deutschland größer ist als die Kapitalbildung, obwohl diese dank gesteigerter Produktivität der Gesamtwirtschaft in den letzten Jahren sehr umfangreich war. Deshalb der hohe Zinsfuß, der trotz Auslandsanleihen immer noch außerordentlich hoch ist. Wenn auch das relative Zurückbleiben der Kapitalbildung hinter dem Kapitalbedarf infolge der Nachwirkungen des Krieges und der Inflationszeit wie der Notwendigkeit, für Rationalisierungszwecke ungeheure Summen auszugeben, eine natürliche Erscheinung ist, wenn auch die fortschreitende, keineswegs geringe Kapitalbildung erst allmählich bis zur Höhe des Kapitalbedarfs anwachsen und der Kapitalbedarf selbst bei beschleunigter Kapitalbildung vorerst nicht gedeckt werden kann, so soll dennoch die Notwendigkeit einer starken Kapitalbildung keineswegs geleugnet werden. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß die mit Hilfe der Kapitalbildung erfolgte Rationalisierung Arbeitskräfte in großem Umfang freisetzt — da doch deren Unterbringung in andern Wirtschaftszweigen umfangreiche neue Kapitalien erfordert.

Beim gegenwärtigen Konjunkturlauf wirken verschiedene Faktoren, saisonmäßige und konjunkturmäßige; zur Freisetzung der Arbeitskräfte durch die Rationalisierung gesellt sich das Anwachsen der arbeitssuchenden Bevölkerung. So handelt es sich nicht um eine Wirtschaftskrise im gewöhnlichen Sinne, die einen Abschnitt im kapitalistischen Konjunkturverlauf darstellt, sondern um eine Krise, die auch in Veränderungen im Lauf der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes begründet ist. Zu ihrer Überwindung gehört zweifellos mehr und immer mehr Kapital und, was daselbe ist, ein niedriger Zinsfuß.

So haben wir die Notwendigkeit einer ausreichenden Kapitalbildung gegeben. Was hat dies nun mit den Löhnen zu tun? Zum ersten, ist es wahr, daß eine gesteigerte Kapitalbildung allein auf Kosten des Verbrauchs erfolgen kann? Oder aber ist es nicht vielmehr möglich, daß die Kapitalbildung gerade mit Hilfe eines größeren Massenkonsums, welcher die Ausnützung der Leistungsfähigkeit der Betriebe gestattet und dadurch die Produktionskosten senkt, erhöht werden kann? Ist die Überbrückung der Kluft zwischen Leistungsfähigkeit und kaufkräftigem Absatz anders als durch Kräftigung des Verbrauchs möglich? Dazu muß noch berücksichtigt werden, daß ein Teil der Löhne überhaupt nicht verbraucht, sondern, sei es durch die Arbeiter, sei es durch die Vermögensansammlung der Sozialversicherung, erspart wird.

Wenn in dem erwähnten Aufsatz davon die Rede ist, daß bei einem sechsprozentigen Kapitalzins die Arbeitslosigkeit geringer wäre als bei einem zehnprozentigen, so muß man die Frage aufwerfen: könnte durch Lohnpolitik eine solche oder nur annähernde Senkung des Kapitalzinses erzwungen werden? Davon kann freilich auch dann nicht die Rede sein, wenn entgegen unserer Annahmen, die Kapitalbildung allein durch Einschränkung des Verbrauchs der Lohnempfänger gefördert werden könnte. Wiebden die Löhne auf ihrem gegenwärtigen, im allgemeinen recht niedrigen Niveau, so könnte der Zinsfuß aus diesem Grunde überhaupt nicht sinken. Nehmen wir aber beispielsweise eine allgemeine Lohnherabsetzung an, die die gesamten Lohnkosten im Jahre um die große Summe von 1200 Millionen Mark, im Monat um 100 Millionen Mark, herabsetzen würde: Glaubt jemand, daß eine solche Herabsetzung ausreichen würde, um den Kapitalzins herabzudrücken? Wir haben Jahr für Jahr Kapitalien in einer Höhe eingeführt, die das Vielfache der oben erwähnten Summe betragen hat, ohne daß dies zu einer starken Senkung des Zinsfußes führte. So stützt sich jene Behauptung der Zinssenkung durch niedrigere Löhne auf falsche Vorstellungen über die Größenverhältnisse des Kapitalbedarfs und der möglichen Lohnersparnisse.

In Wirklichkeit ist es vollkommen abwegig, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Höhe der Löhne als ausschlaggebenden Faktor bei der Kapitalbildung in Rechnung zu stellen. Die Kapitalbildung wird gehindert zunächst durch die Monopolwirtschaft. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als ob die hohen Kartellgewinne die volkswirtschaftliche Kapitalbildung förderten. In Wirklichkeit ist dies ein Trugschluß. Es kommt darauf an, wie jene Kartellrenten — die im übrigen die Kartellunternehmungen von der Zinshöhe weitgehend unabhängig machen — verwendet werden. Bekanntlich werden ungeheure Kartell- und Trustgewinne auf dem Wege der Selbstfinanzierung, d. h. ohne Inanspruchnahme von Krediten, ohne volkswirtschaftlichen Nutzen verpulvert. Im Dienste des Quotenkampfes und von Machtbestrebungen werden gewaltige Kapitalien festgelegt, die die Leistungsfähigkeit ohne Rücksicht auf die Abgabemöglichkeiten ausdehnen. Kohlenbergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Zement-, Glas-, Porzellanindustrie und eine Anzahl anderer Industriezweige können ihre Leistungsfähigkeit selbst bei guter Konjunktur nicht ausnützen. So beträgt z. B. die Leistungsfähigkeit der Ruhrstahlindustrie 23 Millionen Tonnen bei einer Produktion von 14,4 Millionen Tonnen im Jahre 1928. Hier erfolgt in Wirklichkeit keine Kapitalbildung, sondern zwangsweise ersparte Kapitalien werden einer volkswirtschaftlich nützlicheren Verwendung entzogen (durch hohe Preise werden die Verbraucher gezwungen, für die Unternehmer zu sparen!), wodurch die Kapitalverwertung wichtiger Produktionszweige, für welche die Kreditdecke knapp ist, erschwert wird. Hinzu kommt noch, daß gerade diese übermäßig aus-

gedehnten Industriezweige mit viel stehendem (trem) Kapital arbeiten, weshalb sie relativ wenigen Arbeitskräften Beschäftigung geben und durch Rationalisierung relativ viele Arbeitskräfte freisetzen. Betriebe, die auf die Dauer nicht ausgenutzt werden, bedeuten aber eine Kapitalverschwendung. Nicht gegen die Löhne, sondern gegen die Kartellgewinne muß also, wer es mit der Kapitalbildung ernst nimmt, in erster Linie Sturm laufen.

Andre Momente, die die notwendige Kapitalbildung erschweren, sind der übersteigerte Luxuskonsum, der ebenso aus den hohen Gewinnen gespeist wird, wie jene Investition. Wenn die Kapitalisten heute die Erhöhung der Vermögenssteuer mit der Begründung bekämpfen, daß diese Steuer die Kapitalbildung unterbinde, so muß man darauf aufmerksam machen, daß man mit Vermögenssteuern vor allem den Luxuskonsum der Reichen treffen kann, und auf das englische Beispiel hinweisen, wo eine weitgehende Einschränkung des Luxuskonsums der Reichen mit Hilfe der Vermögenssteuer erreicht werden konnte. Weiter erschwert wird die Kapitalbildung durch die geringe Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Produktion, aus Gründen, die völlig außerhalb der Lohnfrage liegen. Im Gegenteil könnte die Ertragssteigerung der landwirtschaftlichen Produktion nur dann erfolgreich angestrebt werden, wenn die Lohnneinlinie der Stadtbewölkerung einen Absatz für die erhöhten Erträge der Landwirtschaft sichern würden. Erschwert wird die Kapitalbildung durch die Absatzverhältnisse im Außenhandel. Trotz erfreulicher Steigerung der Fertigwarenausfuhr von Jahr zu Jahr sind noch die bekannten Schwierigkeiten allgegenwärtig, um der deutschen Arbeit im Ausland jenen Absatz und jene Gegenwerte zu sichern, die zur Förderung der Kapitalbildung im Inland nötig wären, zumal die unvermeidliche Umstellung der Ausfuhrproduktion auf bestimmte Qualitätsstufen nicht im nötigen Umfang und mit der erforderlichen Wirksamkeit erfolgt.

Auf dem Züricher Kongress des Vereins für Sozialpolitik wurde in der Debatte über die Ursachen der Wirtschaftskrise der Kieler Universitätsprofessor Adolf Loewe vor der Annahme eines „Artsmonismus“, d. h. einer Zurückführung der Krisenursache auf ein einziges Moment. Diefelbe Warnung ist bei der Frage der Kapitalbildung am Platze. Auch hier kann das Zurückbleiben der Kapitalbildung hinter dem Kapitalbedarf nicht auf eine Ursache zurückgeführt werden. Es sind hierfür eine ganze Anzahl von Ursachen verantwortlich, worunter aber die angebliche Übersteigerung des Lohnniveaus unter keinen Umständen eine erhebliche Rolle spielt. U. S.

Korrespondenzen

Wahern (Baden). Am 18. Februar fand unsre Generalversammlung in Anwesenheit fast aller Kollegen statt. Zunächst gedachte der Vorsitzende mit ehrenden Worten des allzu früh von uns geschiedenen Kollegen Seig. Eine Neuaufnahme konnte getätigt werden. Nach dem Geschäftsbericht erstattete der Kassierer Mohrling den Kassenbericht, von den Revisoren für mustermäßig befunden, aus dem hervorging, daß die Devisen aus den vielen Durchreisen am meisten in Anspruch genommen wird. Die Wahlen zeitigten einstimmige Wiederwahl des bisherigen Gesamtvorstandes. Als Gautagsbelegter wurde der Vorsitzende der Pflanzung gewählt. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, stellte der Vorstand ein vor fünf Jahren über den Ozean ausgewanderten Waherner Kollegen vor, der nun seinen Urlaub benutzte, seiner Heimatstadt und damit unserer Bekanntheit einen Besuch abzustatten. Der Vorsitzende stellte den willkommenen Gast als Vorbild der Jugend hin, da er mit eigenem Willen, Fleiß und Liebe zum Druckerberuf ausgestattet, in Amerika gute Fortschritte machte. Auf Wunsch aller Kollegen ließ sich der Amerikaner, Kollege Gierich, herbei, den Anwesenden ein Bild zu geben von seinen Erfahrungen, die er anfänglich machen mußte, bis man ihn jezt gelerntes Handwerk ausüben ließ. Nur Fleiß und Zurückhaltung mit den (wenn auch gerechten) Vorurteilen verhalf dem Einwanderer, wenn er das nötige Talent und guten Willen hat, eine lohnende Existenz. Auch über das Organisationsverhältnis und die soziale Lage der Buchdrucker gab Gierich ein erschöpfendes Bild an Hand von bildlichen Darstellungen über die Unterbringung der im Berufe ergrauten Kollegen. Die Waherner schätzen diesen ihren Kollegen, der ihnen versprach, auch später ab und zu sein kollegiales Empfinden mit uns Waherner durch Korrespondenz zum Ausdruck zu bringen, wofür ihm der Ortsvorsitzende den Dank aller Kollegen übermittelte.

Berlin. (Notations- und Tiefdrucker.) Die fünfjährige Gründungsfeier untrer Vereinigung wurde am 17. Februar in den Gesamtträumen des „Märdenbrunnens“ feilich begangen. Eingeleitet wurde die Feier am Vormittag mit einer Festversammlung im „Alten Lokaler“, wozu die Funktionäre der Notationsarbeiten aus dem Reiche geladen waren. Es waren vertreten: Frankfurt a. M., Hannover, Hamburg, Dresden, Breslau, München, Leipzig, Köln und Eberswalde; die Abteilungen Lin und Düsseldorf hatten Glückwunschtelegramme geschickt. Ferner waren anwesend Vertreter des Bundes Berlin, von der Zentralkommission, vom Kreisverein, vom Bindungsverband, vom Berliner Korrekturenverein und vom Druckerverein. Vorsitzender G r o e d beehrte die Vertreter der Notationerbeilungen aus dem Reiche sowie alle erschienenen Gäste, und gab der Stiftung Ausdruck, daß die Festversammlung getragen sei von kollegialem Geist als Auftakt für Frankfurt a. M. Nach Verlesung der Glückwunschsadressen aus dem Reiche begrüßte der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege A e r m a n n, die auswärtigen Gäste. Freiste die existierenden Differenzen zwischen den Notationen und der Zentralkommission und hoffte auf eine Regelung dieser Differenzen in Frankfurt a. M. Kollege Polshmann als Vertreter des Bundes hoffte, daß durch

für unsre Sparte im Gau bis jetzt negativ verlaufen ist. Trotzdem brauchen wir aber nicht trübe in die Zukunft zu schauen, denn was andre Sparten erst in 30 Jahren erreicht haben, kann den Handgebern nicht in einigen Monaten gelingen. Den Bericht von der Handgeber-Konferenz in Berlin gab als Delegierter Kollege Bünge r. In gut einflussreichen Ausführungen gab er den Kollegen den Zweck und Verlauf dieser Konferenz bekannt, zum Schluß betonend, daß, wenn auch nicht alles Erfolge erreicht wurde, doch ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen sei. In denselben Bahnen bewegte sich die anschließende Disziplin. Zugestimmt wurde einstimmig dem Antrage, in Zukunft für die „Mitteilungen“ und die Geschäftsführung 15 Pf. monatlich, statt bisher 10 Pf., an die geschäftsführende Vereinigung abzuführen. Zum bevorstehenden Gantage werden von unsrer Vereinigung vier Kollegen als Kandidaten vorgeschlagen werden.

Sollingen. In der hiesigen kommunistischen Genossenschaftsdrucker („Berghische Arbeiterstimme“) ist ein Konflikt ausgebrochen, der dazu führte, daß 25 ältere Kollegen, die schon seit Jahrzehnten im Geschäft tätig waren, von dem Geschäftsführer H. Freudenreich fristlos entlassen wurden. Diese Maßnahme wird von der Arbeiterschaft als ganz brutaler Willkürakt eines Herrenmenschen empfunden. Alles Entgegenkommen der Kollegschaft wurde brüsk abgewiesen. Man wollte den Konflikt. Bevor ein Kollege Arbeit nach Sollingen annimmt, muß er Erfindungen beim Gauvorsteher Joseph Bertram in Rön in einholen.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Koblenz bestand der Druckerkollege Bruno Würmel in die Meisterprüfung mit der Note „Gut“.

Bestellungen auf Lehrlingsordnungen. In der letzten Zeit häufen sich die Anfragen wegen des Bezugs der Lehrlingsordnung im Buchdruckgewerbe und Bestellungen darauf beim Verbandsvorstand. Es wird dabei übersehen, daß eine ganze Reihe von Lehrlingsordnungen bestehen (bayerische, badische, sächsische, württembergische, eine für die westdeutschen und eine für die niederländischen Kammerbezirke, eine für Heßen, Berlin, Königsberg usw.) und der Verbandsvorstand den Vertrieb dieser Lehrlingsordnungen nicht übernehmen kann. Wer sich nur über den Inhalt der Lehrlingsordnung im allgemeinen unterrichten will, kann die Berliner Lehrlingsordnung, die in den hauptsächlichsten Bestimmungen allen den übrigen entspricht, vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreibrunnstraße 6, zum Preise von 30 Pf. (ausschließl. Porto) beziehen. Handelt es sich um eine andere Lehrlingsordnung, dann muß die Bestellung an den in Frage kommenden Gauvorstand oder an die zuständige Handwerkskammer gerichtet werden.

Kudolf Wiffell's 60. Geburtstag. Am 8. März vollendete der jetzige Reichsarbeitsminister sein sechzigstes Lebensjahr. Aus dem Metallarbeiterberuf hervorgegangen, war Wiffell von 1894 bis 1899 Vorsteher der Zählstelle Kiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes, von 1901 bis 1908 Arbeitersekretär in Lübeck, von 1908 bis 1920 Zentralarbeitssekretär und von 1920 bis 1923 Mitglied des Bundesvorstandes im DGB. Als Sozialpolitiker hat er sich in Wort und Schrift hervorgetan. Auch mit den Berliner Buchdruckern ist Wiffell als Referent über sozialpolitische Fragen in ihren Bezirksversammlungen des öfteren in engere Berührung getreten. Köstlich sind einige Erinnerungen, die er selbst mit gesundem Humor gelegentlich zum besten gibt. Persönlich noch unbekannt, fand er sich nach seiner Übersiedlung von Lübeck nach Berlin im Versammlungslokal vorzeitig ein, setzte sich unter die Kollegen und brachte das Gespräch mit Geschick auf den neuen Referenten Wiffell. Er fragte die Kollegen aus, ob sie den Referenten kennen usw. „Ja“, meinte ein Kollege, „wenn der so spricht wie seine Klause“ schreibt, dann konnte er in Lübeck bleiben.“ Wiffell gab seinen „Senf“ dazu. Bald verschärfte sich die Antipathie gegen den Referenten ob seiner „Unpünktlichkeit“. „Bummelig ist er auch“, hörte man rätornieren, „die Zeit ist schon längst um und er ist noch nicht da.“ Als dann nach Eröffnung der Versammlung Wiffell das Wort erhielt, waren die Kollegen nicht schlecht verärgert, als sich der fremde Gast erhob und dem Podium zusprach. Daß Wiffell den Buchdruckern im allgemeinen gewogen war und auch unsrer Lehrlingsordnung hohes Lob spendete, sei hier nur nebenbei erwähnt. Als Redakteur einer Schlichtungskammer, deren Vorsitz Wiffell führte, sagte er gelegentlich einer Klage um Erhöhung des Kollegeldes der Lehrlinge einer Berliner Zinnung dem Obermeister dieser Zinnung derbe Wahrheiten. Die Kollegesätze der Lehrlinge betragen damals 4 bis 6 M., was Wiffell als „fandolös bezeichnete und die Regelung des Kollegeldes der Buchdruckerlehrlinge als vorbildlich hinstellte. In seinem Spruch verpöppelte er die Kollegsätze der besagten Zinnung und bedauerte, daß er leider nicht die Macht habe, das Kolleged auf eine der Zeit angemessene Höhe zu bringen. Möge es Wiffell vergönnt sein, recht lange auf seinem schweren und verantwortungsvollen Posten eine allgemeindienliche sozialpolitische Wirksamkeit zu entfalten!

Erinnerung an die Münchener Revolutionsstage. Unter dieser Spitzmarke gaben wir in Nr. 17 einen Auszug aus Fechenbachs kürzlich erschienenen Erinnerungschrift „Der Revolutionär Kurt Eisner“ mit dem ausdrücklichen Vorbehalt wieder, daß für die sachliche Richtigkeit des Mitgeteilten keine Verantwortung übernommen werden könne. Darauf ging uns von fünf in der Druckerei des „Bayerischen Kuriers“ in München seit Jahrzehnten beschäftigten und unserem Verband 30 bis 45 Jahre ansehenden Kollegen folgende Erwiderung zu: „Der Inhalt der betreffenden Notiz ist teilweise richtig, teilweise jedoch scheint Fechenbachs Gedächtnis stark schief zu sein zu haben in bezug auf die „christlich organisierten Buchdrucker“ und die von diesen gewünschte „Sozialisierung“. Im Jahre 1919 waren in der Druckerei der Verlagsanstalt vorm. G. Z. Manz etwa 80 Verbandsmittglieder beschäftigt und nur zwei christlich organisierte, die jedoch Tageslohn hatten, also bei dem ganzen Kummel, der sich in der Zeit von 10 bis 3 Uhr nachts abspielte, gar

nicht anwesend waren. Der Vorgang war folgender: Für den betreffenden Abend war im „Matthäerbräu“ eine Spartaftis- und Kommunistenversammlung angesetzt; frühzeitig wurde jedoch bekannt, daß nach derselben die Druckerei des „Bayerischen Kuriers“ und Münchener Fremdenblattes „geheimt werden sollte. Um dies zu verhindern, hatte Eisner zum Schutz der Druckerei den „Kommandeur“ Fechenbach mit zwei Maschinenengewehren und den entsprechenden Mannschaften vor dem Eingang zur Druckerei postiert. Nichtsdestoweniger gelang es den Spartaftisten usw., unter Führung von Wiffjam, in den Druckereiraum einzudringen. Wiffjam hatte zugleich von der Versammlung seine Seher und Drucker mitgebracht für den Fall, daß das Druckereipersonal (nur Verbandsmittglieder) die Arbeit unter Wiffjams Befehl sowie die „Sozialisierung“ ablehnen würde; das trat natürlich auch ein. Unter den von Wiffjam mitgebrachten Mitarbeitern befand sich nun ein gewisser M. aus P., der aus der christlichen Organisation schon früher ausgeschlossen worden war, sich jedoch in der Druckerei rühmte, daß er früher christlich organisiert gewesen, nun aber Kommunist geworden sei.“ Er ließ hierbei nach Aussage unseres langjährigen Stereotypens B. sehr, sehr viel Geld sehen! Um 1 1/2 Uhr kam auf telephonischen Anruf Eisner selbst und machte dem ganzen Kummel ein Ende, wobei sich Wiffjam wiederholt einen dummen Kerl heißen lassen mußte. Bei dieser Gelegenheit ist auch von dem oben erwähnten M. aus P. die Ausrufung gefallen: „Oba, Herr Ministerpräsident, was ist noch mit der Sozialisierung?“ Am andern Morgen war der Geheerl aus Anlaß der nächsten „Sozialisierung“ demagen mit leeren Maßkrügen bedeckt, daß man glauben mußte, in einem öffentlichen Bierlokal zu sein. Dies zur Steuer der Wahrheit!“

Mitglied der kommunistischen Buchdrucker. In Breslau haben es, wie uns von dort geschrieben wurde, die Kommunisten zu wahren Reformleistungen in der Zerplitterungsjudt gebracht. Wer als Stadtverordnetenandidat auf die kommunistische Liste gestellt sein will, muß vorher eine Blancoerklärung unterschreiben, die nichts weiter besagt, als daß er sein Mandat niederlegt. Diese Erklärungen bleiben in den Händen der Parteileitung und werden im gegebenen Moment, nämlich dann, wenn sich der betreffende Mandatsinhaber mitglied gemacht hat, mit Datum ausgefüllt und der zuständigen Stelle eingereicht. Ein solcher Fall spielte sich in letzter Zeit im Breslauer Stadtparlament ab. Für einen zum Stadtrat gewählten Kommunisten rückte unser Kollege Reim (Sprecher der kommunistischen Buchdrucker in Versammlungen) nach. Er führte auch in der kommunistischen Fraktion gleich das große Wort und war der Fraktionsführer. Er hat sich nun aber in der kommunistischen Partei mitglied gemacht, weil er es wagte, gegen Herrn Thälmann aufzutreten. Zunächst verlor er seine Stellung als Geschäftsführer in der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“, dann reichte man dem Stadtverordnetenvorsteher die von ihm unterschriebene Blancoerklärung ein, in welcher er erklärt, daß er sein Stadtverordnetenmandat niederlegt. Reim hatte sich aber rechtzeitig geschickt und an den Stadtverordnetenvorsteher ein Schreiben gerichtet, daß, falls diese seine Erklärung von der kommunistischen Parteileitung eingedrückt werde, er sie als ungültig erkläre, da er nicht gewillt sei, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen. Der Magistrat, dessen Entscheidung der Stadtverordnetenvorsteher anziel, konnte hierzu keine Stellung nehmen. Kollege Reim bleibt also Stadtverordneter, wenn er auch nicht mehr Mitglied der kommunistischen Fraktion ist. Die Kommunisten sind dadurch auf vier Mann zusammengeschnitten. Sie bilden keine selbständige Fraktion mehr und können von sich aus auch keine Anträge mehr einreichen. Reim hat nun die Weisheit, sich der sogenannten Mieterpartei anzuschließen. Dementsprechende Verhandlungen sind bereits eingeleitet, und es ist anzunehmen, daß Kollege Reim mit freuden aufgenommen werden wird, zumal dann die Mieterpartei mit fünf Mann eine Fraktion zu bilden imstande ist. Heil und Sieg!

Aus der Firmenstatistik des deutschen Verlags. Nach Angaben aus dem Deutschen Verlegerverein, Sitz Leipzig, zählt diese einflussreiche Spitzenorganisation gegenwärtig 822 Mitglieder, die 983 Firmen in 154 Orten vertreten, darunter allein 254 Verlagsbuchhandlungen in Berlin und 181 in Leipzig. Das offizielle Buchhändleradressbuch führt insgesamt 4290 Verlagsfirmen (Berlin 1087 und Leipzig 701) auf. Dem Deutschen Verlegerverein haben acht andre Verlegerverbände sich als Fachgruppen angeschlossen. Die älteste Fachgruppe ist die 1910 gegründete Vereinigung rechts- und staatswissenschaftlicher Verleger. Außerdem haben im Laufe der Jahre die schulpflichtigen, medizinischen, Schulbücher, Bilderbücher und Jugendschriftenerleger teils kurz vor dem Kriege oder gleich nach dem Kriege als Fachvereinigungen sich angeschlossen. Auch die am Reichsbundhandwerker Verleger sowie die neuerdings im Reichsverband deutscher Fachschriftenverleger organisierten Firmen sind wie die übrigen Fachverbände dem Deutschen Verlegerverein als selbständige Gruppen angeschlossen.

Privatkapitalistischer Zusammenschluß in der Papierindustrie. Zwei führende deutsche Zellstoff- und Papierkonzern, die Fehlbühle A.-G. in Steint und die Reissolz-Gruppe in Düsseldorf, haben die völlige Verschmelzung ihrer beiden Unternehmungen beschlossen. Die übernehmende Gesellschaft ist Fehlbühle, die zu diesem Zweck ihr Aktienkapital von 16,5 auf 26 Millionen heraufgehoben hat.

Stand der Arbeitslosigkeit. Am 15. Februar 1929 betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit nach den vorläufigen Berechnungen rund 2,3 Millionen; davon entfielen etwa 1,55 Millionen auf die Arbeitslosenversicherung. Zur gleichen Zeit bezogen 155 000 Personen Arznenunterstützung. Ende Januar gab es nach den endgültigen Zahlen in der Arbeitslosenversicherung und der Sonderfürsorge 2,255 Millionen Unterstützte. In diesen beiden Gruppen ist also in den zwei ersten Februarwochen eine Steigerung um rund 60 000 Personen, in der Arznenunterstützung um rund 10 000 Personen eingetreten. Gegenüber dem großen Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den vorausgegangenen Monaten hielt sich demnach die Zunahme in verhältnismäßig engen Grenzen.

Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Jahre 1928. Zur Kalenderjahresstatistik 1928 berichteten dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 996 Genossenschaften, gegen 1026 im Vorjahre. Die Zahl der angeschlossenen Vereine ging, größtenteils infolge Verschmelzungen, von 1086 auf 1025 zurück. Der Mißgang der Mitgliederzahl von 2 932 176 auf 2 896 766 beweist, daß der Ausfluß der Laufzeit aus der Inflationszeit unseiner Angedenkens bald beendet ist. Der Erlös aus eigener Verteilung erfuhr wieder eine starke Zunahme: von 982 Millionen Mark auf 1124 Millionen Mark. Je Mitglied stieg der Umsatz von 334,96 M. auf 388,26 M. Die Geschäftsausgaben stiegen von 44,4 Millionen Mark auf 53 Millionen Mark, je Mitglied von 15,15 M. auf 18,32 M., in Prozenten des Jahresumsatzes von 4,52 auf 4,72. Die Sparteinlagen stiegen von 207 463 895 M. auf 297 494 312 M., je Mitglied von 70,75 M. auf 102,70 M.

Literarisches

„Zert.“ Ein Roman von Romarom. Aus dem Ungarischen übertragen von Alexander v. Selye. Ein großer, ausgearbeiteter 3-Mark-Band der Völkergilde Gutenberg, Berlin 1929. Der Roman einer Liebe. Sein Schauplatz ist dort, wo sich russische Melancholie, polnische Leidenschaft mit ungarischem Zerramant und raubem Veragen treffen. Diese Zerramante können sich nicht abfinden, versinken in sich und treten die beiden Hauptfiguren ein und aus in Afrika, und so kommt hinat leuer Zustand des Gemüts, den wir alle kennen: diese seltsame angedehnte Spannung aus Warten, Schmelzen, Gleichgültigkeit und Verzweiflung. Briefe bringen uns die Kunde, die Unklarheit, erregt die Fragen, alles droht zu verschlingen und er wird leut hier. Auftruf der Gefühle, und ein schöner Abend erlitt am Ende mit better glänzenden Sternen. Der Dichter Romarom, der aus einer Vorkriegszeit des ungarischen Oberlandes stammt, wobei während Jahre als Schriftsteller bereits an den besten literarischen Kreisen teilgenommen hat, ist ein sehr geschulter Mann, der das macht, was nicht so leicht ist: die schärfste Wachen der Stadt, an was ihr Liebhaber, der alles so ernst nimmt und nicht versteht, daß die noch ein Kind ist, das leben will und frohen sein? Aber glücklich sind uns die beiden fern, die tiefe Verzweiflung fütten wir mit ihnen, aber wir wollen immer noch, daß diese beiden lobten und guten Geschwister unsres Geschicks glücklich werden. Fast geht es uns wie leuen untrer Kollegen in Ungarn, die den Roman „Zert.“ in langenden Vorlesungen zu lesen hatten und die einen das immer ungewisser und pausender werdende Ende an aufrecht erklärten. Sie würden, fänden beide beiden Weisheit nicht das Glück das sie verdienen. Den Ausgang des Romans anders lesen und den Dichter fortzueren. So ein Roman hat, was jedem, der das Leben und die Liebe in sich hat, ein gewisses Interesse. Die Gedankenwelt liegt nach der Mondnacht, und die Dazzer wogen. Der Arica rollt hinter dem Vorhang. Auch er vollert nicht aufdringlich. Der Dichter hat ihn, aber ohne Gelächel. Und die Patrioten werden von ihm mit Nachsicht beiseite. Sie fangen an zu lachen und bis ins Ende ist alles wie eine Wunde. Befriedigt legt man das Buch aus der Hand, und eine unvergessliche lobne Erinnerung macht uns froh und lobend.

Apparatistische Mitteilungen. Bericht über den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Sitz Berlin, 30. Jahrgang, März 1929. Beauftragter für Mitteilungsarbeiten verteilte 420 Bl. ohne Preis. Das neue Ziel der Berufsvereinigungen ist die Errichtung eines „Berufsvereins für die Buchdrucker und Schriftsetzer“. Was sollen Doppelvorkursen? Der Dicht am Kunden bel und „Dichtung und neue Zeit“. Dicht Geschichte des Buches. Der Bildungsverband in deutscher Zeit. Die Geschichte der Buchdrucker in Deutschland. Die Buchdrucker in der Zukunft des Berufs. In der Beilage „Das Buchhändlerwesen im Buchdruckgewerbe“ werden die Themen „Eine Gefahr für das Buchhändlerwesen“ und Die Buchhändler in Leipzig“ ausführlich behandelt, und die Beilage „Das Schriftwesen“ enthält die Geschichte des Schriftwesens in der Vergangenheit. Die Beilage enthält für die Buchdrucker eine Übersicht über die in den letzten Jahren mehr als 70 Werke herausgegeben hat und nahezu 600 Mitarbeiter in sich vereinigt. Dem Wert Nr. 3 des „Sprachworts“ bel.

Verschiedene Eingänge

Belehrtäter des Reichsbundwesens für sozialistische Bildungsausschüsse. Die ersten vier der Jahrgänge 1928 enthält folgende Beiträge: Professor Anna Selman, „Wissen ist nur“, Max Barthel, „Inbeständiges Deutschland“, Dr. Dieker, „Sollt wir Arden und Schiller besuchen?“, Dr. Fräber, „Der göttliche Baustift“, Herbert Arbeitmann, „Arbeitslose“, Die Praxis zum Erlernen der Kunst und die Bedeutung der Kunst in der Gegenwart. Die Beiträge enthalten für diesen und verwandte Informationen. Die Beilage enthält wertvolle Literatur und kostet für das ganze Jahr 1,20 M., einschließlich Versandporto. Probennummern werden unentgeltlich abgegeben. Bestellungen sind an den Reichsbundwesens für sozialistische Bildungsausschüsse, Berlin SW 61, Friedrichstraße 18, in Absprache mit dem Reichsbundwesens für sozialistische Bildungsausschüsse, Berlin SW 61, Friedrichstraße 18, zu richten. Preis 1,20 M., bei Parteilbestellungen von 10 Stück an Ermäßigung.

„Aus Leben hinein.“ Ein Jugendwechse-Zweckverlag. Von Max Barthel, mit Jugendwechse von Max Barthel, Preis 90 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Vorbereiten, nicht Überleben. Von Luise Otto, 72 Seiten, 108 bis 110, Kaufpreis, Preis 80 Pf. Buchhandlung „Völkergilde“ in Magdeburg.

Mitgeber über die Regelung der Arbeitszeit. Von Friedrich Greiß, 160 Seiten, 108 bis 110, Kaufpreis, Preis 80 Pf. Buchhandlung „Völkergilde“ in Magdeburg.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung des Gesetzes vom 24. Dezember 1928. Zweite Auflage, 1928, 96 Seiten, 108 bis 110, Kaufpreis, Preis 80 Pf. Buchhandlung „Völkergilde“ in Magdeburg.

„Seid gegrüßt!“ Zwei Erreichbare für Jugendwechse. Von Germaine Claudius, Preis 80 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Briefkasten

Chr. P. in E. Die Artikel reaktionen 2 M. werden zurückgesandt. Ich erlaube mir, die Herren zu bitten, die in Frage kommenden Konkreten nicht als ungeschickten zu können wir leider zu dieser Angelegenheit noch keine Stellung nehmen. Wir leben in Ungewissheit über den Mann, der diese Frage anders beurteilt, als dies seine geschäftlichen Spekulationen erfordern. Die Vorklären und Volksgesundheit kann sich nicht leisten, auf keine Weise zu sein, und uns in die Sinne des Artikels, Revolutionen und Arbeiterkampf an keine Selbsttäuschung in Frage. Die große Last ist selbstverständlich ein großes Unglück und wird hoffentlich noch weniger erleichtert werden. Aber das Vollen noch viel größer wären, die das berufliche Werk und vor allem die Arbeiterkraft zu tragen hätten, wenn gar keine Verhandlung in dieser Frage möglich gewesen wäre, das kann doch nur beweislich, wer sich einbildet, daß eine Verwitterung der Willkürkräfte noch innen und außen das kleinere Übel wäre. Ich und gibt, in die Zukunft nicht ausfallen; bitten, damit, in D. O. in E. Man erst nach Berücksichtigung, die jedoch insofern wichtiger werden immer noch einige Nummern zurückgestellt werden muß, erledigt werden. — G. W. in E.: Daß die Entzweierte Firma ihre Merkmale mit Ansehen an Lohnunterstützung einleitet, ist nach unserer Ansicht nicht richtig, daß sie aber glaubt, das gegen Kunden erst bestritten zu müssen, ist für letztere weniger schmeichelhaft. Interessant aber immerhin deshalb, weil diese Behauptung in die Adresse der Buchdruckerzeitung als Misshandlungsträger gerichtet ist. — D. W. in E.: Das Deuts-

verleihen, begeben diesen alle in ihrem Verleih be- schränkten Vorkaufrecht an und haben den in Frage kommenden ...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1191, 3141 bis 3145. Bankkonto: Bank der ...

Herausgabe eines neuen Adressverzeichnisses

Anfang April soll das Adressverzeichnis der Gewerbetreibenden und ...

Koblenz. In einem hiesigen Krankenhauses verstarb der ...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellen- ...

Adressenveränderungen

Blessen a. Ammersee, (Beirat und Ort.) Vorsitzender: ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse): ...

20. März 1929, abg. in Berlin 1898, ausgef. ...

Meile- und Arbeitslosenunterstützung

Langenlilien. Kollege Richard Steinbach (Hausbuch- ...

Veriamlungskalender

Berlin. Notationserversammlung Sonntag, den ...

Anzeigen

Messer für Tonplattenschnitt mit solide gelagerter, verschleißbarer Klinge, Preis 4,50 M., Referenzkupon 9,90 M.

Zurichtemesser mit verschleißbarer zweifachseitiger Klinge, Preis 1,40 M. ...

Fernkurse für Mäfers Tonplattenschnitt ...

Zweifacher Buchdruckmaschinenmeister ...

Zünftiger Maschinenmeister ...

Zünftiger Hund- und Flachstereotypen ...

Mannschaftalterstischen ...

Die neue Satzart der Linio im Anzeigensatz ...

Bostonpresse ...

Blasebälge ...

Winkelbalken ...

Georg Iker ...

Buchdruckmaschinenmeister ...

Zünftiger Maschinenmeister ...

Öster Thiele ...

Zh. Anetosi ...

DIE KLEINE VERBANDSGESCHICHTE

bietet auf nur 98 Seiten, trotzdem aber die Zeit von 1866 bis 1926 um- ...

Brandenburgischer Maschinenfabrikverein

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, in den ...

Monotypesefer und -gießer

Freitag, den 22. März, abends 7 Uhr, im Lokal von ...

Technischer Abend

Tageordnung: Besprechung unserer Wünsche zum ...

Für die Teilnehmer am Linotype-Kursus

Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr: ...

Befichtigung der Mergenthaler Sekamachinenfabrik

Treffpunkt: Chausseestraße, Ecke Jinnowitzer Straße ...

Vertrauensmännerversammlung

Tageordnung: Fortsetzung des Vortrags des Kollegen ...

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe

11. April, von 9 bis 12 Uhr, Mitglied der Meisterprüfungskommission ...

ELECTRIC DIE NEUE ERFINDUNG 75 Pfg. Rate an Kartalag gratis J. Sherri Muehl. HANS MUSKAT & CO. BERLIN 5 • PRINZENSTR. 98

Verlag: Kreuzbandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 ...